

Die Hinrichtung verschoben

In der letzten Stunde

Neu York, 11. August. Aus Boston wird gemeldet, daß am Mittwoch um 22.30 Uhr amerikanischer Zeit (also am Donnerstag früh 4.30 Uhr europäischer Zeit) der Gouverneur Fuller den Befehl erteilt habe, die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti aufzuschieben.

Die Hinrichtung hätte um Mitternacht amerikanischer Zeit stattfinden sollen. Sie wurde also erst 1 1/2 Stunden vorher abgesetzt.

Der Gouverneur hat den Journalisten erklärt, daß er angesichts der beim Obersten Gerichtshof eingeleiteten Schritte der Verteidiger von Sacco und Vanzetti aufgefordert sei, die Hinrichtung aufzuschieben, um diesem Gerichtshof Gelegenheit zu geben, den Fall der beiden Angeklagten eingehend zu prüfen.

In London, 11. August. Meldungen aus Boston zufolge, hat der Direktor des Staatsgefängnisses in Charlestown bekanntgegeben, daß Sacco und Vanzetti ein vorläufiger Aufschub der Urteilsvollstreckung bis zum 22. August mitternacht gewährt worden ist.

1 1/2 Stunden vor der Hinrichtung wurde dem Gefängnisdirektor vom Gouverneur telefonisch mitgeteilt, daß ein Aufschub gewährt worden sei, ohne daß dieser jedoch zunächst die Dauer des Aufschubes angab.

In einem späteren Telegramm ist auch dem wegen Mordes verurteilten jungen Portugiesen Madeiros (der gestand, den Mord begangen zu haben, um deswillen Sacco und Vanzetti hingerichtet werden sollen, Red., B.), Strafaufschub gewährt worden.

Wb. Charlestown (Massachusetts), 11. August. Die Gefangenen nahmen die Nachricht von dem Strafaufschub ohne Zeichen von Erregung entgegen. Vanzetti erklärte, er freue sich. Sacco dagegen erwiderte auf eine Frage, er sehe keinen Anlaß, etwas zu sagen.

Wb. Charlestown (Massachusetts), 11. August. Die Nachricht von dem Strafaufschub für Sacco und Vanzetti verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. In weniger als einer Stunde nach der Bekanntgabe begann die Zurückziehung der schwer bewaffneten Polizei vom Gefängnisgebäude.

Wb. Buenos Aires, 11. August. Die Nachricht von dem Strafaufschub für Sacco und Vanzetti wurde von den Zeitungen durch Signale verbreitet und löste bei der auf der Straße versammelten Menschenmenge stürmische Freudentungebungen aus.

Sacco-Vanzetti und Dreyfus

In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt Werner Thormann folgendes:

Ältere Pariser, die am letzten Sonntag die Massen zum Demonstrationsszug für Sacco und Vanzetti aufmarschieren sahen, mochten an jene große Kundgebung vom 11. Juni 1899 denken, mit der das republikanische Frankreich im Verlauf der politischen Kämpfe um die Affäre Dreyfus den nationalitären „Terror der Straße“ zu brechen vermochte. Es ist kein Zufall, daß gerade in Frankreich die Empörung über den Fehlpruch der Richter von Boston den Charakter einer Volksbewegung gewinnen konnte, denn das politische Ansehen des gegenwärtigen Frankreichs trägt auch heute noch die Züge, die ihm in der großen Meinungskämpfe der französischen Demokratie in den Kämpfen für das Opfer eines politischen Tendenzurteils nachhaltig aufgeprägt wurden. Drei Jahre hindurch gab es im politischen Leben Frankreichs nur die eine Frage: Für oder gegen Dreyfus? An ihr schieden sich die Geister. Im Zeichen des Kampfes für die Menschenrechte des zu Unrecht auf die Teufelsinsel verbannten Stabskapitäns eroberte die französische Linke endgültig die Macht im Staate, die ihr in 30 Jahren des härtesten Ringens um den inhaltlichen Ausbau des republikanischen Staates noch nicht zugefallen war. Aber zwölf Jahre im ganzen hat es gedauert, bis ein endgültiger Freispruch der Gerichte die politische Entscheidung des französischen Volkes in der Affäre Dreyfus mit der juristischen Sanktion bekräftigte und feststellte, daß die Beurteilung des Kapitäns Dreyfus nur durch Irrtum und Voreingenommenheit (par erreur et à tort) zustande gekommen war.

Die Volkswut, die von der das amerikanische Bürgerum im Jahre 1920 wie von einem Fieber ergriffen wurde, diese geistige Atmosphäre, in der man zwei Anarchisten wie Sacco und Vanzetti jedes Verbrechen für fähig hielt, hat in der Pariser Stimmung, in die die Pariser Bourgeoisie durch die Bombenattentate der Jahre 1892-94 versetzt wurde, ein getreues historisches Vorbild. Am 24. Juni war der Präsident der Republik Sadi Carnot das Opfer eines Mordanschlags geworden, den unpolitische Köpfe mit dem Vorbringen der sozialistischen Bewegung in einen unmittelbaren ursächlichen Zusammenhang setzten. Überall sah man die destruktiven Elemente, die Sordlinge des Umsturzes am Werke. Die reaktionären Mächte aller Richtungen schrien nach dem großen Reinemachen. Ihre stärkste Machtposition war immer noch die Armee, im Generalstab hatte sich geradezu eine Zentrale des ungeistigen, von törichtem Rasseninstinkt ideologisch überbauten Nationalismus zusammengeschlossen. Eine simple Spionageaffäre wurde zum Anlaß der „nationalen Erneuerungsbewegung“ genommen.

Dem Militärattaché der deutschen Botschaft, der seine Aufgabe selbstverständlich im Auspionieren militärischer Geheimnisse des „Erbsandes“ sah, war eine — inhaltlich übrigens ziemlich wertlose — Mitteilung über artilleristische Neuerungen beim französischen Heere gemacht worden. Das kriminelle Schriftstück fiel in die Hände der französischen Gegenspionage. Man suchte den Schuldigen im Generalstab. Eine Ähnlichkeit in der Schrift lenkte den Verdacht auf den Hauptmann Dreyfus, der durch seine Begabung und auch die Tatsache, daß er Jude war, bei seinen Vorgesetzten herzlich unbeliebt war.

Sobald stand Dreyfus vor einem Kriegsgericht. Aus Gründen der nationalen Sicherheit wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Die Meinungen der Schrift-

sachverständigen waren sehr geteilt. Im wesentlichen hieß es: die Mitteilung kann von Dreyfus geschrieben sein, es ist aber auch möglich, daß nur ein Fall großer Ähnlichkeit zweier Handschriften vorliegt. Der Richter, der die Voruntersuchung leitete, war drauf und dran, das Verfahren mangels zwingender Beweise einzustellen.

Da schlug die nationalistische Presse Alarm. Man hatte sie aus dem Generalstab wohl informiert. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde der Prozeß weiter betrieben. Das Verhör des Angeklagten, der seine Unschuld lebhaft beteuerte, und der Zeugen war bereits geschlossen. Da tauchte aus dem Kriegsministerium ein neues für Dreyfus schwer belastendes Schriftstück auf. Jetzt war das Urteil schnell gesprochen: Degradation, Verbannung zur Zwangsarbeit auf die Teufelsinsel.

Nur zwei Menschen glauben noch wie vor fest an seine Unschuld: seine Frau und sein Bruder. Aber ohne das geringste Beweismaterial sind sie machtlos. Da kommt ihnen eine unerwartete Hilfe: der wahre Schuldige wird entdeckt. Es ist ein Abenteurer, der auf dem Umweg über die Fremdenlegion ins französische Offizierskorps gekommen ist.

Bis zu diesem Zeitpunkt war das Verfahren gegen Dreyfus eine große Fahrlässigkeit gewesen. Was jetzt folgte, stempelte die Verantwortlichen im Generalstab zu Verbrechern.

Oberst Picquart, Chef des Erkundungsdienstes, hat die Beweise für die Unschuld des Kapitäns Dreyfus in Händen. Er bringt sie seinem Vorgesetzten, dem General Gonse, und findet einen höchst unfreundlichen Empfang. „Was brauchen Sie sich darum zu kümmern, ob der Jude auf der Teufelsinsel ist.“ — „Aber er ist doch unschuldig.“ — „Wenn Sie nichts davon sagen, weiß es keiner.“ — „Herr General, das Geheimnis werde ich nicht mit ins Grab nehmen.“ Ein paar Tage später kann Picquart in einer öden Grenzgarison in Tunis die Folgen seines Freimuts auskosten. Und als es herauskommt, daß er sein Geheimnis wirklich nicht ins Grab mitzunehmen gedenkt, wird er auf 2 Monate in Arrest gesteckt und dann aus der Armee verabschiedet. Zwar hat auch der wirkliche Spion inzwischen vor Gericht gestanden. Aber er ist mit Glanz freigesprochen worden und wird von der Rechtspresse als ein Nationalheld gefeiert.

Am Tage nach seinem Freispruch erscheint in der „Morgenröte“ Emile Zolas offener Brief an den Präsidenten der Republik. Von diesem Tage, dem 13. Januar 1898 — 3 Jahre Zwangsarbeit im mörderischen Klima der Teufelsinsel hat Dreyfus bereits hinter sich —, ist die Wahrheit auf dem Marsche.

„Zolas Brief ist die revolutionärste Tat des Jahrhunderts.“ Mit diesen Worten hat der sozialistische Führer Jules Guesde die Bedenken seiner Freunde besiegt, die einem bürgerlichen Väterchen zuliebe die Partei nicht aufs Spiel setzen wollten. Denn anfangs hat es ganz den Anschein, als ob das Eintreten für Dreyfus das sicherste Mittel wäre, sich unpopulär zu machen. Die Reaktion entfesselt eine fürchterliche Hege. Zola muß auf ein Jahr ins Gefängnis wandern. Und noch am 7. Juli 1898 beschließt man den öffentlichen Anschlag einer Rebe des Kriegsministers — er führt den historischen Namen Cavaignac.

Schon spricht man von einem großen Verfahren gegen alle, die in der Öffentlichkeit für eine Revision des Prozesses eingetreten sind. Da trifft die Dreyfusgegner ein vernichtender Schlag. Eine neue Untersuchung der Akten endet mit der Feststellung, daß das geheimnisvolle Beweisstück, dem Dreyfus den Schuldspruch verdankt, gefälscht ist. Der Fälscher, Major Henry, endet im Gefängnis, sein Komplize, der wirkliche Verfasser der Mitteilungen an den deutschen Militärattaché, flieht über die Grenze. Im Generalstab gibt es geradezu einen Erdbeben an Verabschiedungen und Verlegungen, auch der Kriegsminister sieht sich zur Demission gezwungen.

Trotzdem setzen die nationalistischen und antisemitischen Kreise ihren wütenden Kampf gegen die Revision des Prozesses fort. Der Jude muß schuldig bleiben. Cavaignacs Nachfolger konspiziert mit den Rechts- und Mittelparteien der Kammer, die Regierung, von der man jetzt eine Begünstigung des Wiederaufnahmeverfahrens erwarten mußte, wird gestürzt und durch ein zuverlässig reaktionäres Kabinett ersetzt. Streikunruhen geben die Möglichkeit, große Truppenmassen in Paris anzusammeln, und unter ihrem Schutz übt die Patriotenliga, Paul Deroulés in unzähligen Demonstrationen ihre Herrschaft auf den Straßen aus.

Zum drittenmal muß das Schicksal helfend eingreifen. Präsident Felix Faure, einer der überzeugtesten Vertreter der Schuldtthese, stirbt eines plötzlichen Todes, sein Nachfolger Loubet, ist Anhänger der Revision. Er ist darum den Intuitionen des nationalistischen Böbels ausgefetzt, die sich zu Rätlichkeiten steigern, als am 3. Juni der Kassationsgerichtshof unter dem Druck des entlastenden Materials die Annullierung des gegen Dreyfus ergangenen Urteils und die Wiederaufnahme seines Verfahrens vor dem Kriegsgericht in Rennes beschließt.

Da endlich wird offenbar, wie die wahre Stimmung des Volkes ist. Die Kundgebung vom 11. Juni zerstreut alle Zweifel. Wo vor anderthalb Jahren Zola fast allein gestanden, wo das Eintreten für Dreyfus selbst Männern wie Clemenceau und Faures fast um ihren politischen Ruf gebracht hat, steht um die Wende des Jahrhunderts das Gewissen einer ganzen Nation, repräsentiert im politischen Willen der großen Mehrheit des französischen Volkes. Am Prozeß Dreyfus haben sich die politischen Energien entzündet, von denen das republikanische Gesetzgebungswerk der Einheitskabinete im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts getragen ist. Unter dem Eindruck des Kampfes für die Menschenrechte, der an dem ganz konkreten Anlaß der Affäre Dreyfus durchzuführen war, hat die politische Entwicklung Frankreichs eine Beschleunigung erfahren, wie sie von den

tatsächlichen Verhältnissen allein noch nicht gefordert wurde, die Erschütterungen der Dreyfuskampagne haben sich in einem durchaus positiven Sinn ausgewirkt. Eine Republik und eine Demokratie, die ihre Boulangerkrise und ihren Prozeß Dreyfus überstanden hat, ist immun geworden gegen manche Gefahren, die sich heute in den andern Ländern Europas ziemlich ungehemmt auswirken können.

Alfred Dreyfus hat auch unter den gewandelten politischen Verhältnissen noch einige Jahre um sein Recht kämpfen müssen. Auch das zweite Kriegsgericht erwies sich als ein Klaffengericht und kam zu einer Verurteilung. Allerdings nicht einstimmig und unter Zubilligung mildernder Umstände. So war dem Präsidenten der Republik der Weg zu einem Gnadenakt freigemacht. Aber erst im Jahre 1905 erlangte Alfred Dreyfus im zweiten Wiederaufnahmeverfahren den völligen Freispruch. Ein Jahr später wurde der ehemalige Oberst Picquart Kriegsminister in einem Kabinett Clemenceau.

Bei aller Verschiedenheit der äußern Anlässe und Ereignisse, die innere Parallellität der Affäre Dreyfus und des Falles Sacco und Vanzetti ist erschütternd. Hier wie dort die geistige Atmosphäre der Angst vor dem Umsturz, aus der sich die Voreingenommenheit der Richter erklärt, in beiden Fällen der höchst mangelhafte Indizienbeweis und trotzdem das harte Urteil. In beiden Fällen die Entdeckung des wahren Schuldigen lange vor der eigentlichen Revisionsbewegung. In beiden Fällen schließlich der Kampf zwischen dem erwachten Gewissen der Menschen und der Unerbittlichkeit eines Systems, das keine Irrtümer eingestehen darf, um seine Autoritätsansprüche nicht zu schmälern. In beiden Fällen schließlich die Klassenolidarität der Richter und der Regierenden, die auf dem Umweg über die politische Demokratie des Volkes in mühsamem Ringen erst gebrochen werden muß.

Ein großer Unterschied freilich bleibt bestehen. Dem Verbannten auf der Teufelsinsel konnte schließlich doch noch geholfen werden, auf Sacco und Vanzetti aber wartet morgen schon der elektrische Stuhl.

Verminderung der Besatzungstruppen

Die von englischen Blättern wiedergegebene Nachricht, daß die französische Regierung nach den Vorschlägen Briands eine Herabsetzung der Truppen im Rheinland um 5000 Mann beschloffen hat, bestätigt sich.

Es ist selbstverständlich, daß in Deutschland jede Herabsetzung der gegenwärtigen Besatzungstruppen im Rheinland begrüßt wird, aber letzten Endes kann eine Herabsetzung von 5000 Mann keineswegs genügen. Das Ziel der deutschen Politik muß sein, möglichst bald eine völlige Aufhebung der Besatzung im Rheinland zu erreichen. Erst dann ist dem Geiste von Locarno völlig Rechnung getragen.

Aus Paris wird uns dazu gedachelt: Der Besuch des deutschen Botschafters v. Söeß am Dienstag bei Briand nach der Sitzung des französischen Ministerrats, in dem eine prinzipielle Herabsetzung der Truppenbestände im Rheinland beraten wurde, wirbelt in der französischen Presse viel Staub auf.

In den Blättern der Rechten, denen der Beschluß des Ministerrats außerordentlich unangenehm ist, wird intensiv nachgewiesen gesucht, daß der Beschluß auf eine Intervention des Foreign Office (Londoner Auswärtiges Amt) zurückzuführen sei. Im „Echo de Paris“ wird des längern auseinandergesetzt, daß das Foreign Office in den letzten Wochen zwei Demarchen in diesem Sinne unternommen habe und daß gegenwärtig eine ähnliche Demarche in Brüssel im Gange sei, um die belgische Regierung ebenfalls zu einer Herabsetzung der Truppenbestände zu veranlassen.

In dem nationalistischen „Avenir“ wird aus der Tatsache, daß eine Herabsetzung der französischen Truppen um 5000 Mann in Aussicht genommen ist, der Schluß gezogen, daß diese geringe Ziffer mit der Veröffentlichung des Beschlusses des Generals Guillaumat über die angeblichen Rüstungen Deutschlands im Rheinland im Zusammenhang zu bringen sei. Wäre dieser Bericht nicht veröffentlicht worden, so wäre nach Ansicht des Blattes ohne Zweifel von Briand eine bedeutend größere Herabsetzung der Truppenbestände im Ministerrat durchgesetzt worden. (Man erkennt also hier, warum in der französischen Rechtspresse immer über Rüstungen in Deutschland phantasiert wird. Red.)

In mehreren Blättern wird betont, daß die Diskussion im Ministerrat außerordentlich lebhaften Charakter angenommen habe, da mehrere Minister der Rechten sich einer Herabsetzung der Truppenbestände widersetzt hätten. Zuletzt sei aber Briand mit seiner Auffassung durchgedrungen.

Notizen

Harter Urteile. Das französische Kriegsgericht von Tours hat jetzt die ersten, außerordentlich harten Urteile in dem Verfahren gegen die kommunistischen Reservisten gefällt, die bei ihrem Einrücken vor einigen Wochen vereinzelte Zwischenfälle herbeigeführt. Ein Angeklagter, der einen Offizier tödlich beleidigt und die Internationale gesungen hatte, wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit, ein zweiter zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Depeschen

Der verschwundene General

Warschau, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Öffentlichkeit befindet sich in großer Aufregung wegen eines mysteriösen Vorkommnisses, das an die Pariser Dandee-Affäre erinnert. Der reaktionäre General Zagarski, der bei dem Matuszowicz im vorigen Jahre die Kämpfe gegen Pilsudski leitete und der seither in Wilna im Gefängnis saß, ist spurlos verschwunden.

Es scheint festzustehen, daß Zagarski vor einigen Tagen aus dem Wilnaer Gefängnis nach Warschau gebracht worden ist, wo er sich bei Pilsudski melden sollte, um dann wahrscheinlich freigelassen zu werden. Da Pilsudski an diesem Tage nicht in Warschau war, nahm sein Adjutant dem General das Ehrenwort ab, daß er sich in zwei Tagen wieder melden würde und entließ ihn dann. Was weiter mit Zagarski geschehen ist, bleibt ein Rätsel. Die Pilsudski freundliche Presse behauptet, daß Zagarski ins Ausland geflohen ist, dagegen deuten die Pilsudski feindlichen Blätter an, daß der Marschall womöglich seinen Gegner hat verhaften lassen.

Aus der Wirtschaft

Der künstlich gehaltene Kaffeepreis

Kaffee darf nicht billiger werden. So will es die Preispolitik der brasilianischen Kaffeepflanzler, die mit Unterstützung der Regierung eine Organisation zum Aufkauf großer Mengen von Rohkaffee geschaffen haben, um bei großen Ernten die Gefahr eines Preissturzes zu vermeiden.

In diesem Jahre steht eine außerordentlich große Kaffeenernte bevor, die in Brasilien allein auf 21,5 Millionen Ballen geschätzt wird. Obwohl die Spekulation dieses günstigen Ergebnisses vorwegzunehmen suchte, sind die Preise doch nur etwa um 10 Prozent in der Zeit von Januar bis Juli gestiegen.

Die Organisation zur Hochhaltung der Preise funktioniert demnach außerordentlich gut. Wie stark sie ist, davon erhält man eine Vorstellung, wenn man hört, daß das brasilianische Kaffeefiskusinstitut Geldangebote aus New York und London für die Finanzierung der Ernte abgelehnt hat, weil sie selbst genügend Mittel besitzt, um die Stützungskaufe, die sogenannten Subventionen, durchzuführen zu können.

Die internationale Kohlenkrise

Die soeben beendete Pariser Sitzung des Internationalen Bergarbeiter-Komitees, an der vom Deutschen Bergarbeiterverband Hufmann, Limberg und Dr. Berger teilnahmen, hat sich u. a. auch eingehend mit der Verschärfung der internationalen Kohlenkrise befaßt. Die einzelnen Berichte ließen fast durchweg eine erhebliche Verschlechterung, Stilllegungen und Feierlichkeiten erkennen. So sind in England in den letzten 6 Monaten 308 Gruben stillgelegt worden, zum Teil wohl als Wirkung der Produktionszusammenfassung, zum Teil als Folge des Abschuldungsganges. Ob der dort vertragsweise für einzelne Arbeiterkategorien eingeführte numerus clausus die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes bringt, wird von den englischen Bergarbeitern, die diese Maßnahme auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt wissen wollen, bezweifelt. Auch in Belgien und Frankreich ist die Lage gedrückt. Hier haben die Halbenbestände beträchtlich zugenommen.

Von allen Seiten wurde bedauert, daß die Genfer Weltwirtschaftskonferenz dem internationalen Kohlenproblem keine größere Aufmerksamkeit geschenkt habe und auch das Internationale Arbeitsamt mit seiner schon 1925 begonnenen Enquete über die Lage der Bergarbeiter wegen der Saumigkeit einzelner Regierungen und der mangelnden Bereitwilligkeit großer Unternehmerorganisationen in der Bereitstellung internationaler vergleichbarer Daten nicht recht vorankomme.

Das Internationale Bergarbeiter-Komitee beabsichtigt nun, den Gedanken der internationalen Kohlenverständigung von sich aus stärker zu propagieren und die bereits vorliegenden statistischen Zahlen zu verbolständigen. Man will so den vielfachen Schwierigkeiten der internationalen Kohlenmarkteinsparungen, die auch kürzlich wieder im englischen Unterhaus hervorgerufen, als ein Arbeitervertreter die Einberufung einer internationalen Konferenz der Kohlenproduzierenden Länder zur Schaffung eines Kontrollorgans für die Weltgeportpreise anregte, besser begegnen.

Welche Ausgestaltung das Internationale Bergarbeiterbureau, das inzwischen nach Brüssel verlegt wurde und von dem belgischen Abgeordneten Delattre bis Ende dieses Jahres provisorisch verwaltert wird, zu diesem Zweck erfahren muß, wird von den angeschlossenen Organisationen bis zur nächsten Zusammenkunft, die am 19. Oktober in Warschau stattfindet, geprüft werden. Jedenfalls kann der Aufbau eines eignen regelmäßigen internationalen statistischen Nachrichtenbüros der Bergarbeiter als gesichert betrachtet werden.

Abzahlungsgehefte. Die Bedeutung des Abzahlungsgeheftes in der amerikanischen Automobilindustrie wird durch die Meldung beleuchtet, daß die mit Ford konkurrierende Gesellschaft General Motors, die nur ein Aktienkapital von 50 Millionen Dollar hat, durch ihr Handelsunternehmen nicht weniger als zwei Milliarden Dollar an Krediten für Abzahlungsgehefte gegeben hat.

Gewerkschaftsbewegung

Wer führt die Angestellten?

Es wird uns geschrieben: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband berichtet nicht nur in seiner eignen Zeitschrift „Die deutsche Handelsmacht“, sondern in den letzten Monaten und Wochen auch in der ihm zur Verfügung stehenden Presse über Wahlsiege und Mitgliederanstieg. Die im Allgemeinen freien Angestelltenbund vereinigen freien Angestelltenvereine lehnen es seit Jahren ab, mit dem D. H. V. über Mitgliederzahlen zu streiten. Wenn der Afabund nunmehr doch gezwungen ist, zu einigen Vorgängen der letzten Zeit Stellung zu nehmen, dann nur, um in der breiten Öffentlichkeit kein falsches Bild über die tatsächliche Gruppierung der gewerkschaftlich organisierten Angestellten aufkommen zu lassen.

Die Angestelltenratswahlen des Jahres 1927 haben es dem D. H. V. besonders angetan. Er konstatiert einen Wahlsieg in allen Gauen und behauptet sich selbst, daß der Erfolg auf seiner Seite zu suchen ist. Eine groß aufgemachte Statistik, von der er in der Erläuterung allerdings zugestehen muß, daß eine reißlose Erfassung der Betriebe bei der absoluten Flüchtigkeit der für die Wahlen bei den einzelnen Betrieben maßgebenden Daten praktisch unmöglich ist, soll diesen Nachweis erbringen. Diese Statistik hat die Betriebe nicht nur nicht reißlos erfasst, sondern entspricht in wichtigen Positionen auch nicht den Tatsachen. So weist diese Statistik für den Gau Niederrhein-Westfalen 364 Angestelltenratsvertreter des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltenvereine, darunter 267 Vertreter des D. H. V., auf. Dem Afabund sind insgesamt 197 Vertreter zugezählt.

Als der D. H. V. diese Zahlen aufstellte, mußte ihm bereits das Ergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau, das vom Zehnerverband, also von der Unternehmerorganisation, zusammengefaßt wurde, bekannt gewesen sein. Der Zehnerverband gibt für den Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine 182, darunter 31 für den D. H. V. und für den Afabund 365 Angestelltenratsmitglieder an.

Die Arbeitgeberorganisation ist dem Afabund bestimmt nicht günstiger gesonnen als dem D. H. V. Wenn sie nicht umhin kann, den überragenden Einfluß der Arbeiterbünde anzuerkennen, so sieht die Bedeutungslosigkeit des D. H. V. und seiner Anhänger außer Zweifel.

Wollten wir die übrigen Wahlsiege des D. H. V. auf ihre Richtigkeit nachprüfen, so würden sicher ähnliche Ergebnisse die Folge sein. Wenn die Statistik über die Mitgliederzahlen des D. H. V. ähnlich wie die Berechnungen über die Angestelltenratsmitglieder aufgebaut ist — und daran ist nach dem vorgenannten Beispiel nicht zu zweifeln —, dann darf man dem D. H. V. auch für die Zukunft keine „Siege“ gönnen.

Diese „Siege“ erinnern in übrigen an einen Sozialfall, der sich im vorigen Jahre bei der Neubildung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises für Leipzig und Umgebung abgespielt hat. Der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine, der in Leipzig unter der Führung des stellvertretenden Vorsitzenden einen Bestand von 10 064 Mitgliedern

Die Nachprüfung der Mitgliederkartei durch Beamte des Arbeitsnachweises brachte das — uns nicht überraschende — Ergebnis, daß 4000 bis 5000 Mitglieder zu viel angegeben waren. Wendet man das gleiche prozentuale Verhältnis auf die gesamte Mitgliederkartei des D. H. V. an, dann bleiben von den mehr als 300 000 Mitgliedern circa 200 000 Verbandszugehörige übrig.

Die Öffentlichkeit weiß aber schließlich auch ohne komplizierte Berechnungen, daß der Afabund mit seinen annähernd 450 000 Mitgliedern die deutsche Angestelltenbewegung führt. Dafür kämpfen sie um so mehr für die Interessen der gesamten Angestelltenchaft.

Wichtig! Rundfunk-Hörer!

Programme des In- und Auslandes sowie alle technischen Fragen finden Sie in den Zeitchristen

Der neue Rundfunk . . . 20 Pf.
Der deutsche Rundfunk 50 Pf.
Rundfunk (wöchentlich) . . . 60 Pf.
Radio für Alle alle 1.00 Mk.
14 Tage
Zu haben bei allen Zeitungssträgerinnen

Buchhandlung Volksstimme

Ueberstunden-Bezahlung in der Weißlederindustrie

Vom Lederarbeiterverband wird mitgeteilt:

Vom Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Mitteldeutsche L. V. war beim Schlichtungsausschuß in Magdeburg beantragt worden, die Tarifbestimmung im Bezirksstarif für die mitteldeutsche Weißlederindustrie, welche den Zuschlag für die ersten fünf Ueberstunden (von der 49. bis 53. Wochenstunde) auf 15 Proz. schon vor Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 benützt, auch über den 1. Juli 1927 hinaus bestehen zu lassen.

Der Schlichtungsausschuß hat auch durch Schiedspruch vom 19. Juli entschieden, daß für die 49. bis 53. Arbeitsstunde in der Woche ein Zuschlag von 15 Prozent auf den Stundenlohn gezahlt werden muß, und hat diesen Schiedspruch mit der merkwürdigen Begründung verkündet, daß er in allen bisherigen Fällen so entschieden habe, ja vielfach für die ersten 3 bis 5 Ueberstunden nur 10 Prozent Zuschlag festgesetzt habe. Wir haben jedoch diesen Schiedspruch sofort und ohne erst die Erläuterungsfrist zu verstreichen zu lassen, mit der Begründung abgelehnt, daß derselbe dem Geiste der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 widerspreche und außerdem bereits mit 1. Juli der Zuschlag von 25 Prozent rechtskräftig geworden sei.

Dieser Schiedspruch liefert aber den Beweis dafür, mit welchen rückschrittlichen Schlichtungsbehörden man noch zu kämpfen hat.

Vom Arbeitgeberverband ist daraufhin beim Landeslichter die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses beantragt worden und für den Fall der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung ist eine bindende Regelung gemäß § 6 a der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 beantragt worden.

Die Verhandlung hierüber hat zwischen den Parteien vor dem Landeslichter am 28. Juli stattgefunden, wo von diesem versucht wurde, einen Vergleich zustande zu bringen. Auf die Frage, warum wir den Schiedspruch ablehnen, haben wir erklärt, daß wir es als einen Widerspruch ansehen, wenn das Reichsarbeitsministerium einen Zuschlag für Mehrarbeit über 48 Stunden in Höhe von 25 Prozent zum Lohn für angemessen hält und die gesetzgebenden Körperschaften dieser Auffassung beigetreten sind, daß dann die Schlichtungsbehörde befugt sein sollen, einen solch normierten Zuschlag herabzumindern, wenn nicht besondere Verhältnisse dabei in Betracht kommen. Und solche besondere Verhältnisse kommen für die Weißlederindustrie nicht in Betracht. Wir beantragen Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom Schlichtungsausschuß und für den Fall einer verbindlichen Regelung, daß diese Regelung im Sinne des § 6 a des Arbeitszeitgesetzes erfolgt, indem ein Zuschlag zum Lohn ab der 49. Arbeitsstunde mit 25 Prozent festgesetzt wird.

Unterm 30. Juli 1927 sind dann vom Landeslichter folgende Entscheidungen getroffen worden:

Entscheidung:

Dem Antrag des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes Mitteldeutsche L. V. in Magdeburg, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in Magdeburg vom 19. Juli 1927 über die Vergütung für die über 48 Stunden in der Woche hinausgehende Arbeitszeit in der Mitteldeutschen Weißlederindustrie für verbindlich zu erklären, kann nicht stattgegeben werden.

Magdeburg, den 30. Juli 1927.

In Vertretung: (gez.) Köpl.

Entscheidung:

In dem Streite zwischen der Gruppe Mitteldeutschland des Vereins der Glace- und Weißlederindustriellen von Deutschland L. V., vertreten durch den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Mitteldeutsche L. V. in Magdeburg als Antragsteller einerseits und dem Deutschen Lederarbeiterverband, Gauleitung Magdeburg, andererseits über die Festsetzung der Vergütung für die über 48 Stunden in der Woche hinausgehende Arbeitszeit in der mitteldeutschen Weißlederindustrie wird auf Grund des § 6 a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. 4. 1927 (RGV. I, S. 110) folgende Regelung getroffen:

Ab 1. 7. 1927 wird für die über 48 Stunden in der Woche hinausgehenden Arbeitsstunden ein Zuschlag von je 25 Prozent auf den Stundenlohn gewährt.

Magdeburg, am 30. Juli 1927.

In Vertretung: (gez.) Köpl.

Damit hat also der Zuschlag von 25 Proz. ab der 49. Stunde bindende Kraft mit Wirkung ab 1. Juli 1927 erlangt.

Zahl der Unterstüfungsempfänger

In der zweiten Julihälfte ist die Zahl der männlichen Unterstüfungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge, wie amtlich mitgeteilt wird, von 388 000 auf 358 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 104 000 auf 95 000, die Gesamtzahl von 492 000 auf 453 000, also um rund 39 000 gleich 8 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstüfungsberechtigte Familienmitglieder) hat sich im gleichen Zeitraum von 544 000 auf 503 000 vermindert. Der Gesamtstand der Hauptunterstüfungsempfänger im Monat Juli betragt rund 88 000 gleich 16,3 Prozent. Ueber die Frauenfürsorge liegt eine neue Zahl noch nicht vor. Der Rückgang vom 1. bis 15. Juli betrug 48 000 oder 8,8 Prozent.

Metallarbeiter-Internationale

In Paris trat am Montag der Kongreß der Eisernen Internationale im Hause des Vereins der Zübingenieurwissenschaften zusammen. Die 1 1/2 Millionen Mitglieder der Internationalen Metallarbeiterverbände sind durch 84 Delegierte vertreten. Der internationale Sekretär Jig, der den Kongreß eröffnete, teilte mit, daß Kamerad Sethi von den indischen Gewerkschaften als Gast anwesend ist und auch ein Vertreter der amerikanischen Metallarbeiter erwartet wird. Das Bureau des Kongresses setzt sich nach den Vorschlägen Jigs aus Lahe (Frankreich), Brando (Deutschland), Brownlie (England), Domes (Oesterreich) und Sampl (Tschechoslowakei) zusammen.

Lahe (Frankreich) stellte in seinem Begrüßungswort dem Paris des Vergnügens das arbeitende Paris gegenüber, das soeben erst in machtvoller Kundgebung gegen den geplanten Justizmord an Sacco und Vanzetti protestiert habe und gedachte dann der verstorbenen Kameraden Merrheim, Hansen und Dikmann.

Der Vertreter der indischen Gewerkschaften, Sethi, überbrachte die Grüße der organisierten Eiserner Arbeiter Indiens. „Ich kam nach Europa,“ erklärte er, „um die Gewerkschaftsbewegung zu studieren. Was ich hier gesehen habe, steht mich in Staunen und Bewunderung über das, was die Gewerkschaften zum Aufstieg der Arbeiter getan haben. Die europäischen gewerkschaftlichen Erfahrungen werden unsere Propaganda in Indien beleben und befruchten.“

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten 3 Jahren hob Jig hervor, daß der Bund im Vorjahr eine Abordnung nach Nordamerika geschickt habe; ihr sei es gelungen, zunächst einen großen amerikanischen Verband für die Eisernen Internationale zu gewinnen. Die Aufmerksamkeit des Vorstandes habe sich besonders auf die Werksarbeit gerichtet; denn es gebe wohl einige Länder, wo die Verbände bis zu 70 Prozent der Metallarbeiter bergen, es gebe aber auch andre Länder, die bis jetzt nur einen kleinen Bruchteil der Metallarbeiter organisiert haben. Das gelte besonders für die Hülsenindustrie. Hier müsse der Bund nachhelfen. Erfreulich sei die starke Kameradschaftlichkeit und Geschlossenheit des Bundes — eine sehr wesentliche Voraussetzung fruchtbarer Tätigkeit. (Allgemeine Zustimmung.) In der Vorbereitung der Kämpfe müsse jede Organisation zunächst sich selbst finanziell den Weg bahnen. Da aber sehr wohl ein einzelnes Land oder eine einzelne Berufsgruppe zu kämpfen gezwungen werden könne, die nur durch Brudershilfe erfolgreich zu bestehen seien, müsse in solchen Fällen die Bestimmung des Bundesstatuts in Kraft treten, wonach vom Bunde Sonderbeiträge in Höhe eines Stundenlohns erhoben werden können. Diese Bestimmung bedürfte der Bekräftigung durch alle angeschlossenen Organisationen. Das Gewicht der Bundesabteilung liege in der Stärkung der internationalen Solidarität. Die Unterstützung der Kämpfe der Metallarbeiter in Finnland und Ungarn sei durch das Zentralkomitee des Bundes bereits beschlossen. (Beifall.) Zum Schluß erklärte Jig, daß sich der Bund dem Protest des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen die Verurteilung von Sacco und Vanzetti anschließe.

In der Aussprache über den Rechenschaftsbericht, die am Dienstag einsetzte, verlangte Stein (Oesterreich) schärfere Maßnahmen zum Schutze gegen kommunistische Manöver. Brandes (Deutschland) ersuchte den Kongreß, seine Solidarität mit den italienischen Arbeitern, den Opfern des Fasizismus, zum Ausdruck zu bringen. Brandes billigte den Rechenschaftsbericht, verlangte aber nach skandinavischen Mustern eine bessere Organisation. Chevaline (Frankreich) gab ein Zirkular des Propagandakomitees der Moskauer Internationale bekannt, worin die „revolutionären Minderheiten“ in den Gewerkschaften, besonders die finnlandische Minderheit, aufgefordert werden, die Arbeiter des Kongresses durch kommunistische Angriffe zu beeinflussen. Chevaline deutete an, daß allem Anschein nach Birta (Finnland) mit seinem Antrag, die Kriegsgefahr auf die Tagesordnung zu setzen, der Moskauer Aufforderung nachkommen sei. Birta erklärte dazu, er sei nur auf ausdrückliche Aufforderung seiner Gewerkschaft aufgetreten. Sein Antrag wurde abgelehnt. Boggi (Italien) gab die Versicherung ab, daß unter den italienischen Metallarbeitern trotz des Fasizismus die Gewerkschaftsbewegung kräftig vorwärtschreite. Der Rechenschaftsbericht wurde einstimmig angenommen.

Buchbinderinternationale

Der Pariser Kongreß des Internationalen Verbandes der Arbeiter der Buchindustrie hat den Rechenschaftsbericht angenommen. Von zahlreichen Rednern wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der italienische Verband nicht vertreten sei. Zur Anteilnahme daran protestierte der Kongreß gegen das Terrorregime des Fasizismus.

Kongreß der Bekleidungsindustriearbeiter

Der Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsverbandes der Bekleidungsindustrie, der zurzeit in Paris tagt, hat eine Entschlieung angenommen, nach der alle angeschlossenen Verbände, die aus Unterstüfungskassen im Falle von Streifen, Aussperrung und Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder Unterstüfungen zahlen, sich verpflichten, auch ausländischen, zugewanderten Mitgliedern dieselben Vorteile zu gewähren wie den Mitgliedern ihrer eignen Verbände.

Ein Antrag auf Einberufung einer Weltkonferenz zur Schaffung einer einzigen Welt-Internationalen, der von belgischen Delegierten ausging, fand einstimmige Ablehnung. Alle Redner, außer dem belgischen, erklärten die Bedingungen, welche die Moskauer an ihrem Eintritt in diese Internationale knüpfen, als unzulässig.

Konferenz der Bergarbeiter. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat am 15. August eine Reichskonferenz nach München einberufen. Die Verhandlungen werden 3 Tage in Anspruch nehmen. Besondere Bedeutung erhält die Konferenz durch die eingehende Erörterung aller aktuellen Fragen der Kohlenwirtschaft (Preiserhöhungsanträge usw.). Der Direktor des Reichs-Kohlenmerchandises, Doffler, wird über Kohlenwirtschaftsfragen referieren. Die Konferenz wird ein Vortrag von Dr. Berger, der einen Ueberblick über die gesamtwirtschaftliche Situation geben wird, vorausgehen. Gleich großes Interesse dürfte ein Vortrag des stellvertretenden Geschäftsführers des Reichs-Kohlenrats, zur Medden, über „Mensch und Technik im Bergbau“ finden. Weitere Verhandlungspunkte der Tagesordnung bilden „Tariffragen und Soziallohn“, Schmidt (Bochum), „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“, Beder (Garborn), „Wohnungsbaufragen“, Janßet.

Schiedspruch für Elektriker. Für das rheinische Elektrogewerbe wurde in Köln ein Schiedspruch gefällt, wonach der Lohn am 28. Juli um 3 Pfennig und am 29. September um weitere 2 Pfennig pro Stunde erhöht wird. Die Arbeitnehmer haben angenommen, die Arbeitgeber abgelehnt.

Lohnverhandlungen in der Zentralheizungsindustrie. Die Lohnverhandlungen in der Zentralheizungsindustrie für Rheinland-Westfalen haben zu einer Verständigung geführt. Der Zwischenlohn wird am 4. August um 5 Pfennig erhöht und am 3. November tritt ein weiterer Zuschlag von 8 Pfennig pro Stunde ein.

Magdeburger Angelegenheiten

Der Regierungspräsident berichtigt

Wir veröffentlichten gestern im Anschluß an unsern Bericht über die Lümmelstraße am Fort 10 eine Berichtigung des Regierungspräsidenten, der uns erst kurz vor Redaktionsschluß zugegangen war. Es heißt dort, daß der Pächter Scheidt schon im Jahre 1925 die Erlaubnis zur Lagerung gewisser Sprengstoffe erhalten habe, und daß diese in einwandfreien und dazu geeigneten Räumen untergebracht sind. Die Lager seien auch nach der Explosion vollkommen unberührt. Ein Protest seitens des Magistrats sei laut Akten seinerzeit nicht eingelegt worden.

Es heißt in der Berichtigung dann weiter: „Vom 1. April 1925 an wurde das Fort 10 von der Regierung in Magdeburg als Vertreterin des preussischen Fiskus an den bisherigen Unterpächter Scheidt auf sein Höchstgebot hin weiterverpachtet. Unter dem 14. April 1926 hat der Pächter Scheidt zu genehmigen, daß die Firma Richter jun. in einigen Räumen des Forts, für die also schon vorher die Genehmigung zur Einlagerung von Sprengstoffen erteilt war, Feuerwerkskörper in kleinen Mengen lagern und herstellen darf. Zuständig zur Erteilung dieser Genehmigung ist der Bezirksauschuß. Die öffentliche Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 3. Juni 1926, die in allen hiesigen Zeitungen und dem Regierungs-Amtsblatt erfolgt ist, hatte den Erfolg, daß von keiner Seite, insbesondere auch nicht von den Anliegern des Forts 10, Einspruch erhoben worden ist. Die Genehmigungsurkunde des Bezirksauschusses wurde nach Anhörung der zuständigen Sachverständigen unter 24 Bedingungen am 21. Oktober 1926 erteilt.“

Wir machen auf einen sehr auffallenden Widerspruch aufmerksam, der zwischen dem ersten und zweiten Teil dieser Berichtigung besteht. Es sollen die „einwandfreien und dazu geeigneten Räume“ auch nach der Explosion vollkommen unberührt sein. Auf jeden Fall aber, das erweisen die Photographien, sind Teile des Forts vollständig zerstört. Und der zerstörte Teil ist doch wohl derjenige, der an die Feuerwerksgeellschaft Richter jun. zur Herstellung kleinerer Mengen von Feuerwerkskörpern unterverpachtet worden war. Für diese Räume war, ebenfalls nach der Berichtigung, die Genehmigung zur Einlagerung von Sprengstoffen bereits erteilt. Es handelte sich also um die gleichen Räume, oder um einige davon, die Scheidt im Jahre 1925 zur Sprengstofflagerung gepachtet hatte.

Es muß also wohl doch nicht ganz so sein, wie die „Berichtigung“ des Regierungspräsidenten darstellen will: Die Lager des Scheidt sind zwar unberührt, aber die ebenfalls dazugehörigen Teile der Firma Richter sind ein Lümmelhaufen. Und diese Teile sind dieselben, die Scheidt gepachtet hat und die angeblich vollkommen unberührt sind.

Die „Berichtigung“ enthält aber auch eine Unrichtigkeit. Es heißt dort auch: Die öffentliche Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 3. Juni 1926, die in allen hiesigen Zeitungen und dem Regierungs-Amtsblatt erfolgt ist, hatte den Erfolg, daß von keiner Seite, insbesondere auch nicht von den Anliegern des Forts 10 Einspruch erhoben worden ist.

Wir haben festgestellt können, daß im Juni 1926 in der „Volksstimme“ und auch in andern Magdeburger Tageszeitungen eine Bekanntmachung darüber, daß auf Fort 10 Feuerwerkskörper hergestellt werden sollen, nicht erschienen ist. Daß das Regierungs-Amtsblatt, von dessen Existenz die wenigsten Magdeburger etwas wissen, von den Anliegern gelesen wird, kann doch kein Mensch verlangen. Was hat der Regierungspräsident also getan, um den Anliegern des Forts von der Gefahr Kenntnis zu geben, die ihnen von ihrer Nachbarschaft droht?

Die Empörung über die ungenügende Sicherung der an der Königsborner Straße wohnenden Menschen bleibt also berechtigt.

Die in der Berichtigung enthaltenen versteckten Vorwürfe gegen die Anlieger müssen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Friedrichstadt-Werber. Die am Dienstag stattgefundene Mitgliederversammlung stand ganz unter dem Eindruck des furchtbaren Geschehens auf dem Fort 10. Volle Zustimmung fand daher folgende Resolution des Genossen La h n e, die dem Ortsvereinsvorstand zugeleitet wurde:

„Die am Dienstag den 9. August im „Schwarzen Adler“ tagende Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichstadt-Werber der Sozialdemokratischen Partei erhebt aus Anlaß des Explosionsunglücks auf dem Fort 10 an der Königsborner Straße schärfsten Protest gegen die Lagerung von Sprengstoffen in der Nähe von Wohnstätten. Sie erwartet von den in Frage kommenden Behörden, daß das von der Explosion verschont gebliebene zweite Sprengstofflager entfernt wird, damit das Leben und das Eigentum der Bewohner der östlichen Stadtteile gesichert sind. An die städtischen Behörden richtet sie die dringende Bitte, alles zu versuchen, damit auch dieses Fort in städtischen Besitz kommt, um es der Bevölkerung als Spielplatz und Erholungsort nutzbar zu machen.“

Hierauf sprach Redakteur Genosse Müller über „Mordernes Städtewesen“. In der Vorbereitungszeit — so führte der Redner aus — wurde der Gemeindevorstand und ihrer Arbeit nur ein sehr beschränktes Interesse entgegengebracht. Dieser Zustand hatte seine Ursache in dem fehlenden Mitbestimmungsrecht breiterer Schichten der Stadtbevölkerung. Bis zum Ausbruch der Revolution mußten ja die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein, und da infolge des Dreiklassenwahlrechts in unserem Stadiparlament die Sozialdemokraten nur ganze 13 von 82 Sitzen innehaben, war sie zu ständiger Opposition verurteilt. Einen Antrag derselben, für Kinderheimpflege die lächerlich geringe Summe von 1200 Mark zu bewilligen, lehnte vor Ausbruch des Krieges der damalige Oberbürgermeister Reimarus „aus sittlichen und ethischen Grundrissen“ (1) ab. Leitern alles damaligen Tuns oder richtiger gesagt, Nichttuns war der liberale Gedanke: Jeder helfe sich selbst! Armen half man nur, soweit sie zur Gefahr für die Sicherheit des Bürgers wurden. Armengeldempfänger gingen natürlich ihrer Bürgerrechte verloren. Im übrigen sparte man, d. h. man gab nicht nur den Armen nichts („aus sittlichen und ethischen Grundrissen“), man schuf auch keine Werte. Dann brauchte man ja keine neuen Mittel zu verlangen, man schützte den Besitz.

Da hat denn die neue Stadt ein erhebliches andres Gesicht. Der soziale Gedanke ist in den Vordergrund getreten. Gleiches Bürgerrecht läßt unsere Anteilnahme an den vielseitigen und wachsenden Aufgaben der Stadterhaltung nicht erlahmen. Wir wissen, daß mit Aufgaben auch die Ausgaben wachsen. Doch das ist die rechte Stadterhaltung, die den Wert hat, die Mittel zu verlangen, die notwendig sind, um das Nützliche und Notwendige zu schaffen und dabei die Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem Sinne schloß Genosse Müller. Er hatte aufmerksame Hörer.

Ueber die Ferienwanderungen der Arbeiterwohlfahrt berichtete Genossin S c h w a r z.

Großfeuer in Salbte

Am Donnerstag vormittag kurz nach 9 Uhr wurde auf telefonische Meldung von der Branddirektion die freiwillige Feuerwehr in Salbte und Fernersleben alarmiert und nach der Hermannstraße 16 in Salbte gerufen. Auf eine weitere telefonische Meldung „Menschenleben in Gefahr“ wurden sofort die Löschzüge 1 (Hauptmacht) und 4 (Buda) der Magdeburger Berufsfeuerwehr zur Brandstelle entsandt. Als die Feuerwehren an der Brandstelle eintrafen, stand in der ersten Etage das Schlafzimmer, das zur Wohnung der Familie Koch gehört, bereits in hellen Flammen. Das Feuer fand in der Wohnungseinrichtung reichliche Nahrung.

Die Feuerwehren gingen unter Vornahme von vier Schlauchlinien gegen den Brandherd vor. Zwei Schlauchlinien wurden über das Treppenhaus geführt, während mit den beiden andern der Angriff gegen das Feuer von der Straßenseite vorgetragen wurde. Eine weitere Schlauchlinie wurde zur Verhütung weiterer Brandausbreitung in Bereitschaft gehalten. Die gesamte Einrichtung des Schlafzimmers wurde ein Raub der Flammen. Auch das über dem Brandherd befindliche Zimmer in der 2. Etage wurde stark in Mitleidenchaft gezogen.

Die Flammen ergriffen sogar die Fensterrahmen und Gardinen des im Nebenhaus neben dem Brandherd liegenden Zimmers. Es gelang den Anstrengungen der vereinigten Feuerwehren, die große Gefahr einer weitern Brandausbreitung in kurzer Zeit zu bannen. Die Aufräumarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Als Entstehungsurache des Brandes ist die Verwendung einer Räucherkerze ermittelt worden, die zur Angestrichelung brennend unter ein Sofa gestellt wurde. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung nicht gedeckt. —

Das Singschiff

Das jugende Schiff ist ein schwimmendes Haus der Jugend, eine Jugendherberge, die sonst auf den Gewässern bei Berlin vor Anker liegt und wandernden Jugendlichen Unterkunft für die Nacht gewährt. Es führt eigentlich den Namen „Oberbürgermeister Böß“, da das Stadtoberhaupt von Berlin sich große Verdienste um das Jugendherbergsweesen erworben hat. Nun kam man auf den Gedanken, die schwimmende Herberge von ihren „Fesseln“ zu lösen und sie wirklich schwimmen zu lassen. Ueber Spree, Havel und Havelkanal kam sie vor 14 Tagen nach Magdeburg. Hier wurde sie mit einer kleinen Schar junger Menschen besetzt, einem rheinisch-westfälischen Singschiff, der aus seiner Heimat nach hier gekommen war, auf der Ausstellung seine Darbietungen gezeigt hatte und dann mit dem „Oberbürgermeister Böß“ die Elbe aufwärts fuhr bis in die sächsische Schweiz.

Unterwegs wurde in Torgau, Meissen, Dresden und andern Orten angelegt. Dort wurden Gesangskonzerte gegeben auf Märkten und in Sälen. Man wollte für den Gedanken der Jugendherbergen neue Freunde werben, wollte auch das Jugendlieben volkstümlich machen. Ueberall war der Erfolg ein recht befriedigender.

Am Mittwoch war das Singschiff nun nach Magdeburg zurückgekehrt. Die „Bemannung“ wurde von Magdeburger Jugendlichen empfangen und zum Frankfurterdamm geleitet, wo sie vor vollem Hause Gesangs- und Musikvortrage zum besten gab. Wunders, Tanz- und Liebeslieder, Kinder- und Scherzlieder wurden geboten. Drei-, vier- und mehrstimmige Volkslieder und Madrigale, z. T. auch mit Instrumentalbegleitung erfreuten die dankbare Zuhörerschaft. Richard Schirrmann, der Vorsitzende des Jugendherbergsverbandes berichtete in launigen Worten über die Gefahrt und regte an, auch in Magdeburg solch Jugendherbergschiff zu bemannen. Zu den 2300 Herbergen, die der Verband in Deutschland eingerichtet hat, müssen noch mehr, viel mehr kommen, wenn das Jugendherbergsweesen seine Aufgaben in vollem Umfang erfüllen soll. Die Singschiffveranstaltung in Magdeburg wird ihr bescheidenes Teilchen dazu beigetragen haben, dem Werk auch hier neue Freunde zu werben. —

— Warnung vor dem Schneeballsystem. Der Deutsche Sparfassen- und Giroverband teilt mit: Wie uns von westlichen Sparfassen berichtet wird, macht sich dort zurzeit das berüchtigte Schneeballsystem wieder stark bemerkbar, das darauf hinausläuft, den Leuten unter Vorpiegelung leichter und mühseliger Gewinnmöglichkeiten das Geld aus der Tasche zu loden. Vor allem entfaltet eine „Spartas vor Stadt und Land“, Amsterdams, Reizersgracht 578, rege Tätigkeit und preist mit Ankündigungen, wie „Geld verdienen ohne Kapital“, „Ein Vermögen ohne Mühe“ usw. ihr neues Vertriebssystem „Sparen ist Ernten“ an. Eine Aufklärung und Warnung des Publikums, insbesondere auch der kleinen Sparerkreise, die erfahrungsgemäß am meisten durch solche Firmen geschädigt werden, ist unbedingt notwendig. Die Firmen, die diese Geschäfte betreiben, sitzen fast durchweg im Ausland, um sich der strafrechtlichen Verfolgung der deutschen Behörden zu entziehen. Neben der obengenannten sind uns noch folgende Firmen bekannt geworden: Stapper, Amsterdam, Le Credit Hollandais, Amsterdam, Credit-Continental, Amsterdam und Brouter, Amsterdam. Nach den deutschen Strafgesetzen machen sich nicht nur die Firmen selbst strafbar, sondern auch alle die, die sich an dem Weiterbetrieb der Karten beteiligen. —

— Mündelsicherheitsklärung der Kommunalanleihen des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes. Der Reichsrat hat beschlossen, gemäß § 1807 Abs. 1 Nr. 4 des BGB folgende Anleihen des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes für mündelsicher zu erklären: 1. RM. 10.505 Mill. 5prozentige Deutsche Kommunalgoldmarkenleihe von 1923, 2. RM. 20 Mill. 5prozentige Deutsche Kommunalgoldmarkenleihe von 1925, 3. RM. 70 Mill. 5prozentige Deutsche Kommunalgoldmarkenleihe von 1926, 4. RM. 50 Mill.

Rubinte

Roman von Georg Hermann.

(35. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Emil Rubinte fühlt sich berraten und verkauft. Er empfindet, daß er hier in eine geheime Gesellschaft eingedrungen ist, mit ihren eigenen Absichten, ihrer eignen Sprache; jähbar kimmert sich keiner um den andern, und doch kennt jeder den andern. Und das Mädchen, das mit dem einen am Tisch sitzt und den Kopf an die Schulter des Mannes lehnt, verabredet mit den Augen mit einem andern drei Tische davon ein Stillsitzen, während sie ihren alten Liebhaber in dem einen Winkel des Saales genau beobachtet und ihrer Freundin am Fenster ein Zeichen gibt. So wie die Girlanden durch den Saal sich ziehen, hin und her, so spinnen sich — nur tausendmal feiner und verdrängter — Intrigen und Fäden zwischen den Paaren hin und her.

„Zur Kaffe!“ ruft der Tanzmeister. Der Kellner bringt das Bestellte, und Emil Rubinte sieht mit resignierendem Blicken, wie Herr Höhne lachend vor ihn das einfache Schinkenbrötchen niederlegt, während er Hedwig und Emma die Schnitzel mit den braunen Nügelchen von Bratfartoffeln zuschiebt.

Und die dicke Hedwig zieht die weißen Handschuhe aus, nimmt das Messer in die rote Faust und haut auf das Schnitzel ein, wie der Alte Fritz auf die Franzosen bei Rossbach. Und dann bricht sie Brot in Stücke und jagt die Soßenteller so lange über den Teller, bis der so blank ist, daß er gar nicht mehr abgewaschen zu werden braucht. Während Emma die Handschuhe anbehält und mit angezogenen Ellbogen das Schnitzel transhiziert, ganz leicht von oben herab. Emma jospiziert schon.

„Sehr gut, aber 'n bißchen fleen.“ sagt die dicke Hedwig und nimmt noch ein Brötchen.

Emil Rubinte ist schwerhörig. „Woierrrrr —“ ruft der Tanzmeister und hebt die Hand. Ein bescheidener Mann geht vorüber. Ganz harmlos, o-beinig und blond, und nicht den Mädchen zu. Donnerwetter! jagt sich Emil Rubinte. Wer war denn das? Den Menschen kennst du doch — „Sieh mal, der is doch hier.“ sagt Emma. „Ach, das is einer von de Böß.“ meint Hedwig. Und dabei sehen beide — Hedwig und Emma — wie gebannt in eine andre Ecke des Saales, allwo sie plötzlich irgend etwas zu sehen scheint. Die Musik beginnt wieder. „Kommen Sie, Herr Rubinte.“ ruft Emma, „jetzt müssen Sie mit mir tanzen, der is der Neuzel!“ Und damit faßt Emma Emil Rubinte um und zieht ihn mit sich.

„Auf mir ma' de Rolle drehn.“ jingt Emma und wiegt sich in den Hüften, „du bist so jung und stramm! Genier dich nicht und zier dich nicht, wir dreh'n det Ding zusanm.“ Und nicht Emma allein jingt das, sondern alle Mädchen. Der ganze Saal tönt plötzlich von schrillen Stimmen: „Sih mir mal de Rolle drehn!“

Aber Emma und Emil Rubinte können nicht so recht in den Tanzraum hinein, denn gerade vor ihnen steht ein Mädchen mit einem Soldaten.

„Kennen Sie vielleicht Nasenapp von de jechste Kompanie?“ fragt das Mädchen den Soldaten. „Ja? — Na denn bestellen Sie ihm man, er braucht sich um den Jungen jar nicht mehr zu kümmern, für den sorg id jetzt ganz alleene.“

„Wird jemacht!“ jagt lachend der Soldat und jagt das Mädchen um die Taille und tanzt mit ihm los.

Aber Emil Rubinte ist plötzlich seltsam nachdenklich geworden, denn er hat im Augenblick die Rückseite der Medaille gesehen.

„Wai jehen Sie denn, Herr Rubinte.“ jagt Emma und jagt ihn um. „Nu ma los! — Eins — zwei — drei — na jehn Sie, es jecht ja ganz jut.“

Und Emil Rubinte dreht sich — rechts rum — links rum — und wenn er das auch nicht schlecht zustande bringt, denn der Sinn für Rhythmus liegt ihm im Blute, — so hat er doch nicht die Hebung, hier seine Tänzerin ohne Zusammenstoße durch das Gemüß zu leiten, und wenn er dem einen Paar ausweicht, kann er verjichert sein, daß er ein andres dabei mit den Ellbogen pußt.

Die lange blonde Emma aber lacht ihm nur zu: „Ach, das wird schon werden, Herr Rubinte.“

„Zur Kaffe!“ ruft der Wairte und happt den Mund auf wie eine Ose. Und die Hand des Klavierpielers jaup nicht auf die Tastatur des alten Mahagoniflügels, sondern greift nach dem Bierjedel.

„Sie jlauben jar nicht, Herr Rubinte.“ jagte Emma, während Emil nach dem Großen sucht — und Emma hängt sich recht warm und järtlich bei ihm ein. — „Sie jlauben gar nicht, was meine Freundin für 'ne jewöhnliche Person is! — Wie ein jebildeter Mensch wie Sie überhaupt mit sie verkehren kann, das verjehne ich nicht.“

Und währenddessen beobachtet Emma ein Paar in der andern Ecke des Saales, ein Mädchen mit den Gliedern eines Schmieds und den Hüften eines Adergauls, jchwerste, hochblonde, udermärktiche Rasse. Also das ist jetzt Gustav Schmelow jeneit!

„Woierrrrr!“ ruft der Wairte und hebt die Hand. Und die Musik rajelt los.

Und Emma packt Emil Rubinte — dieses Mal jührt sie — und würbelt ihn im Saale herum, daß ihn alles durcheinander

schwimmt, ein Drehen und Fluten von Weiß, Schwarz und Rosa, ein Gemisch von allen Farben der Palette. Und oben kreisen die Gräzinkugeln wie Feuerwerkskörper. Und die Hände mit all den Menschen, mit all den Uniformen und weißen Kleidern kommen auf Emil Rubinte zu und weichen wieder von Emil Rubinte zurück. Und während das alles durcheinander wogt, gehen Emil Rubintes Beine ganz von selbst, immer weiter. Humpelata, humpelata — im Dreivierteltakt. . .

Da plötzlich jieht Emil Rubinte vor sich wie durch Schleier ein Paar mit weitgeschwungenen Armen kunstvoll linksrum auf der Stelle jchwenken. Eine reifige Person ist das, mit Gliedern wie ein Schmied, mit den Hüften eines Adergauls, jchwerste, hochblonde udermärktiche Rasse; und ein junger Mann, kaum weniger weißblond, kaum weniger majst, mit gezeittem Jadedit und blauem Schlips, der durch enen Totenkopfring gezogen ist. Emil Rubinte jieht es, will noch bremsen — aber schon fliegt er gegen das Paar an, mit der ganzen entfesselten Zentrifugalkraft der fünfundsjechzigsten Umdrehung.

Aber so fliegt ein Gummiball gegen eine Hauswand und wird von ihr zurüdjgeschmetelt mit der eignen Wucht, wie Emma und Emil Rubinte von Gustav Schmelow und seiner Partnerin zurüdjgeschleudert werden und jechs Schritte davon jämmerlich über ihre eignen Beine stolpern.

„Sie Jüngling mit 'n Balkenfragen!“ jchreit Gustav Schmelow, „Sie könn wohl noch nicht jleken? — Sie hat woll der liebe Jott aus Verjehn jeschaffen?“

„Ach jehn Sie doch wech, Sie Schlächter-Gel! Raffen Sie doch besser uff!“

„Mit je eene wie Du, Emma, bajesthte, red id ieberhaupt nicht.“ meint Gustav Schmelow verächtlich.

So lange hat Emil Rubinte geschwiegen. Aber seine Dame läßt er nicht beleidigen.

„Jawohl! Sie können ja auch achgeben!“ ruft er in männlicher Entrüstung.

Im Augenblick ist ein ganzer Kreis um die Streitenden. Aus allen Ecken und Enden des Saales laufen sie zusanmen. Die Musik schweigt. Man hört nur das Johlen der Menge, die ein Schauspiel fordert.

„Jib doch dem Wengel eenfach eene rin!“ jagt der udermärktiche Adergaul.

„Ach wat, id hab's ganz genau jesehen.“ ruft ein Soldat, „die beiden haben jar nicht dafür jekannt.“

„Raffen Sie uff, det id Jhn nicht mal eens in de Schnauze jchlage, Sie Schnauzenjeger, Sie Barttrager Sie!“ rft Gustav Schmelow und hält Emil Rubinte die Faust unter die Nase.

„Das wollen wir doch noch jehen!“ Sie Jümmel!“ jagt Emil Rubinte, rot wie ein Roter, während ihn Emma wegjagren verjucht. „Reinen Sie, id hab vor Jhnen Angst!“

(Fortsetzung folgt.)

Film
Das Theater der internat. Großfilme

In dieser Woche zeigen wir wieder
Ein Prachtprogramm!

Zwei deutsche Großfilme

Die Königin des Weltbades.

Ein Film-Roman aus Baden-Badens großen Tagen. Der Menzobousplatz der eleganten Welt Europas, der Zursichthort gefürhter Höppter, das Dorado der schönsten Frauen, aber auch das Sehnsuchtsziel manches Abenteuerers und Glückwriters.

Hauptrollen:
Imogene Robertson
Walter Hilla
Civio Dabanelli.

Außerdem:
Der Film des Temperaments und der Leidenschaft

Kampf der Geschlechter

(Die Frau von heute in der Ehe von gestern.)

Hauptrollen:
Aud Egede Nissen
Wladimir Gaidarow
Paul Richter.

Die Aufnahmen zu diesem herrlichen Film wurden auf einer 6wöchigen Expedition in Spanien (auf Mallorca, bei Granada und in Madrid) gemacht

Beginn 1/25 Uhr.

Zentraltheater
DIREKTION: WALTER STEINERT

Heute Freitag 8 Uhr:
Letztes Gastspiel

des
Theaters des Westens, Berlin

HEINRICH HEINES ERSTE LIEBE

Morgen Sonnabend 8 Uhr
Gastspiel
USCHI ELLEOT
und
FRITZ SCHULZ
mit eigenem Ensemble!
Premiere!

In der
Johannisnacht
Operette von Robert Gilbert.
Musik von Jean Gilbert.

Hofjäger
Täglich abends 8.10 Uhr.

Leipziger Seidel-Sänger.
Ab Freitag: **Neuer Spielplan!**
u. a.: Das beliebte G. S. E. Trio in der Uparodie: "Reichhugge Spanio!"
ferner das lustige Bild aus früheren Tagen:
Die Perlen der Kompanie
Zachärie über Zachärie.
Zum Schluß die große Schlagerrevue:
Sorry Liebste kommt!
Sonnabend 4. 14. August: Keine Vorstellung!
Montag: **Groß-Elitenabend.**

Wilhelmspark
Jeden Freitag von 8 Uhr an:
BALL
3022-Kapelle - Die neuesten Schlager

UFA

Walhalla-Lichtspiele

Heute Freitag 4.30 Uhr
beginnen wir mit den Vorführungen zweier Filmwerke, die in allen prominenten Theatern einen sensationellen Erfolg errangen.

I.
Die verkaufte Frau
Ein Abenteuerfilm von großem Rahmen und künstlerischem Wert, ein Filmwerk, das von beispielloser Farbglut und wilder Leidenschaft erfüllt ist.
Erfüllte Rollenbesetzung.

II.
Ein Staatskerl
Eine abgründig lustige Parodie. Ein unvergleichlicher Zagen überkommt jeden.
In der Hauptrolle:
Raymond Griffith

Schauspiel-Verein Magdeburg-N., gegr. 1919

Die Genation des Sommers ist unsere diesjährige Dampfbohrerfahrt mit dem Rheindampfer "Margara" am Sonnabend den 13. August 1927, 20 Uhr (8 Uhr), ab Petrisbrücke nach

Hohenwarthe (Landhaus)

Wassit und Feuerwerk an Bord. In Hohenwarthe Weinigungen aller Art. Besondere Lieberreichungen von 24 Uhr bis 1 Uhr. Fahrpreis eininkl. Tanz 1 Mm. Karten sind am Dampfer zu haben. Es ladet ein **Der Vorstand.**

Leset die "Frauenwelt"!

DEULIG
Palast
Die führende Filmbühne!

Ab Freitag, 12. August

Wieder ein prächtiges
DEULIG-Programm

Durchlaucht Radieschen

Ein heiterer Film nach der gleichnamigen Posse

Regie: Richard Eichberg.
Als Durchlaucht Radieschen:
Kenia Desni

Der fescheste aller österreichischen Leutnants:
Werner Fütterer
und drei drollige "Hänschen":
Hans Junkermann Hans Brausewetter
der Kriegsminister **die brave Ordonnanz**
Hans Sturm der Gesandte

Ferner:
KÖNIG AMAZONAS

Ein spannendes Großfilmwerk aus dem Lande der Inkas.

Der Anblick herrlicher Bilder vom größten Strom der Erde und den Resten der uralten Inka-Kultur wird für unsere Besucher wieder eine wahre Freude sein

Die Deulig-Woche 33
mit dem hochaktuellen Alleinbericht:
Der Boxkampf Dempsey gegen Sharkey

Vorführungszeiten: 4, 6 10 und 8 40 Uhr

Der Jäger von Fall

Regie:
Franz Seitz
Hauptdarsteller:
Grete Reinwald
Wilhelm Dieterle
Fritz Randow

Die erhabene Schönheit gewaltiger Gletscher und lieblicher Wälder, die wilden Ausblicke auf ferne Gipfel, die Erhabenheit eines felsigen Meeress, die mit jeder Stunde des Tages wechselnde Beleuchtung über einzigartige Wirkung auf den Beschauer aus.

Der Film wurde mit allen Hilfsmitteln moderner Aufnahmetechnik neu aufgenommen und inszeniert.

Ferner:
Tom Tyler
in
Die Goldmine in Texas

Ein Film aus dem wilden Westen
Die neue Wochenschau.

DEULIG KAMMER
-LICHTSPIELE

Freitag 4 Uhr
Premiere!

Ludwig Ganghofers
weltbekannter Hochlandroman



Der Jäger von Fall

Regie:
Franz Seitz
Hauptdarsteller:
Grete Reinwald
Wilhelm Dieterle
Fritz Randow

Die erhabene Schönheit gewaltiger Gletscher und lieblicher Wälder, die wilden Ausblicke auf ferne Gipfel, die Erhabenheit eines felsigen Meeress, die mit jeder Stunde des Tages wechselnde Beleuchtung über einzigartige Wirkung auf den Beschauer aus.

Der Film wurde mit allen Hilfsmitteln moderner Aufnahmetechnik neu aufgenommen und inszeniert.

Ferner:
Tom Tyler
in
Die Goldmine in Texas

Ein Film aus dem wilden Westen
Die neue Wochenschau.



Den zarten, buntfarbenen Geweben nimmt hartes Reiben rasch das Leben

In liebevoll bestickten Leinen und Decken, feinen Wollsachen, bunten und weißen Gardinen, delikaten Roben und zarter Leibwäsche liegt auch im bescheidensten Haushalt ein großer Schatz verborgen. Lassen Sie ihn nicht durch scharfe Waschmittel und schädliches Reiben zerstören. Pflegen und erhalten Sie ihn durch die nie versagenden Lux Seifenflocken. Ihr milder Schaum erhöht die Dauerhaftigkeit aller empfindsamen Wäschestücke. Behutsam, ohne Reiben, zieht er allen Schmutz aus den Geweben heraus; und so rein und zart wie Ihre Wäsche, so weiß und weich sind nach dem Waschen auch Ihre Hände! - Und wie leicht ist das Waschen! - Eine Waschschiessel mit etwas Wasser, hierzu einen Eßlöffel voll Lux Seifenflocken, und schon haben Sie den prächtigsten Schaum. Tauchen Sie ein Wäschestück nach dem andern hinein, drücken Sie den Schaum durch, aber reiben oder winden Sie nicht. Dann noch gründlich spülen - und fertig sind Sie!

Zu Ihrem Schutz:
Lux Seifenflocken werden nur in Originalpaketen zu 50 und 90 Pfg. verkauft - nie lose

LUX

SEIFENFLOCKEN
"SUNLIGHT" MANNHEIM

Für seidene Strümpfe sind nur Lux Seifenflocken gut genug.

Lux Seifenflocken schonen Ihre Hände ebenso wie Ihre Wäsche.

Sonnbild
Berliner Str.
Das kleine vornehme Theater

Der langzende Tot

Der ergreifendste Film des Jahres
Großer reichhaltiger lustiger Teil

Beginn:
Bisontags 5 Uhr
Sonnabtag 8 Uhr

Kammerlichtspiele

Ein großes Sensations-Doppelprogramm

Leo Maloney

Amerikas gefeiertester Wildwestreiter

Ein neuer Stern, dessen Name genügt, um die großen Newyorker Schauspielhäuser auf Wochen zu fällen, in

Der Todeslasso

Ein Bildwech-Drama wie gefeierter Sensationen.

Der große Preis von Kentucky

Ein Sensationsdrama mit Reichen und Armen.

Großes Bioprogramm.

Jugendliche haben Zutritt

Beginn: Bichontags 5 Uhr und Sonnabtag 8 Uhr.

Abfahrt Strombrücke rechts Zitadelle

Große Sonntags-Extrafahrt nach Dessau-Wörlitz.
Sonnabtag den 13. August, vorm. 6.30 Uhr, mit Salon-Schnelldampfer "Freiheit vom Stein", 1200 Personen.
Ankunft in Dessau 11.30 mittags, ab Dessau 6.30 nachm. Kleinbahn-anschluss nach Wörlitz 1.15 mittags. Rückkunft in Dessau 5.58 nachm. Günstige Gelegenheit zur Besichtigung der herrl. Parkanlagen und Naturdenkmäler des weltberühmten Wörlitzer Parks.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 2.50 Mt. - Kinder 1.00 Mt.
Gustav Stahlberg, Sandtorstr. 38. Tel. 6434.

Nur noch wenige Tage

Ivo Puhonny

Künstler - Marionetten-Theater

nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr im Vortragshaus

Sonnabend, d. 23. August
Dirigierten-Gastspiel des weltberühmten Komponisten
Walter Kollo, Berlin
Veranstaltung d. Bundes Deutscher Komponisten

Bel

Hautauschlägen

Pickeln, varainen Teint, Furunkeln u. Ähnl. wird der vorzügliche Blutreinigungstee "Sangrin" sehr gelobt.

Viktoria-Apothek
Otto-von-Cuericke-Str. 94b.

Romane
in jeder Bestlage empfohlen!

Buchhandlung Volksstimme

Alle ersten Marken

Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen
Puppenwagen
Selbstfahrer
Bublräder, Roller
Kinderbetten
Kinderstühle und -ische
Schutzgitter

stets am billigsten und in größter Auswahl.
Auf Wunsch Zahlungsvereicherung

Kinderwagen- und Gaittonhaus
Brudo Paris
Breiter Weg 4
Hauptpost zugewiesen

Nachrichten aus der Provinz

Der Stahlhelm gegen Verfassung und Reichspräsident

Polizeiliche Sicherung bei Veranstaltungen

Es hat sich in der letzten Zeit aus Anlaß öffentlicher Veranstaltungen politischer Organisationen wiederholt gezeigt, daß auswärtige Teilnehmer, die sich auf Kraftwagen oder Fahrrädern zum Versammlungsort begaben, bereits beim Anmarsch wie auch nachher beim Wildmarsch angegriffen und körperlich mißhandelt worden sind.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ dem Erlaß des Ministers entnimmt, sieht sich der Minister nach den geschilderten Vorgängen veranlaßt, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß das verfassungsmäßige Recht jedes Staatsbürgers auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit den ungehinderten An- und Abmarsch einschließt, und daß dieser daher gleichfalls mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln zu gewährleisten ist.

Diese Sicherungsmaßnahmen haben sich selbstverständlich auch gegen Ausschreitungen der durchfahrenden Versammlungsteilnehmer selbst zu richten. Die Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern haben vielfach dadurch eine gefährliche Form angenommen und recht bedauerliche Folgen gezeitigt, daß beim Angriff oder bei der Verteidigung Schusswaffen benutzt worden sind.

Der Saatenstand im Juli

Der Saatenstandsbericht für Juli stellt fest, daß die warmen sonnigen Tage dem Wachstum aller Kulturpflanzen zugute gekommen sind. Die heftigen Gewittergüsse haben das Getreide allerdings stark zum Lagern gebracht, so daß die Anwendung von Mähmaschinen erschwert wird.

Kreis Wanzleben

Freie Turner Bennedeck. Am Freitag den 12. August, 20 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Sportheim. Die Vorbereitungen zum Fußballspiel mit dem belgischen Meister müssen besprochen werden.

Wanzleben

Vom Blitz erschlagen. Bei dem über unsre Gegend ziehenden Gewitter erschlug ein Blitz den auf dem Rittergut Schäper beschäftigten Schäfer und seine beiden Hunde. Der Schäfer hatte sich gerade zum Essen niedergesetzt, wobei ihn der tödliche Schlag traf.

Die Stadtverwaltung führt demnächst eine 7prozentige Biersteuer ein.

Die Verfassungsfeier findet im Kreisstadtsitzungsaal statt. Landrat Genosse Rebling hält die Gedendrede, der ein Prolog und einige Musikstücke vorausgehen.

Die Landelektrizität „Birbe“ führt zurzeit eine neue Umschalt-Anschaltung für eine Stromstärke von 15 000 Volt ein. Das an sich schlecht passierbare Straßenniveau ist in den Hauptstraßen kaum zu begehen. Hoffentlich ist dieser Zustand bald behoben.

Hohendodeleben

Schwerer Motorradunfall. Auf der Chaussee Hohendodeleben-Otterleben stürzte der Angestellte Paul Scheinl von der Ueberlandzentrale mit seinem Motorrad. Junge Arbeiter, die kurz nach 18 Uhr die Chaussee passierten, fanden Scheinl im schwersten Zustand. Sie benachrichtigten sofort die Arbeiterkameraden und den Arzt in Hohendodeleben. Diese waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe. Mit dem Auto wurde der Schwerverletzte in das Krankenhaus Eutendorf geschafft.

Kreis Wolmirstedt

Ottenstedt

Versammlung der Arbeitsinvaliden. Der zweite Vorsitzende gab die Neuauflagen bekannt. Der bisherige erste Vorsitzende hat seinen Posten zur Verfügung gestellt. Der Referent Kollege Weiphal (Stendal) wies darauf hin, daß nur durch Zusammenfluß aller Invaliden deren Lage gebessert werden kann. Wenn Rentnempfehlungen fagen, der Verband tut nichts für sie, so müssen diese Leute nicht, was sie der Organisation zu verbanden haben. Diese Vorgänger wissen auch nicht, daß nur die Arbeitervertreter in den Parlamenten Verständnis für ihre Lage haben. Nach einem Hinweis auf die einzufließende Krankenversicherung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der Verein der Kleingärtner gibt bekannt, daß seine sämtlichen Gartenpläne am Sonntag den 14. August für das Publikum geöffnet sind. Die blühenden Dahlien und andre Blumen erfreuen das Herz eines jeden Blumenfreundes. Auch ist der Fleiß und der Schönheitsinn der Kleingärtner zu loben. Niemand lasse sich die Gelegenheit entgehen, die Kleingärten zu besichtigen.

Kolbitz

Unser Verfassungsfeier, verbunden mit einem Tanzkränzchen, findet am Sonnabend den 13. August, 20½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Sämtliche Einwohner sind dazu eingeladen.

Kreis Neuhalbesleben

Neuhalbesleben

Kann glaublich — aber doch wahr. Einem hiesigen Einwohner war die Ehefrau gestorben. Die Beerdigung fand vor einigen Tagen statt. Der evangelische Pfarrer G. hielt die Leichenrede. Alle Leidtragenden horchten auf, denn die Leichenrede, die gehalten wurde, galt nicht der verstorbenen Ehefrau, sondern dem

Salzwedeler Stahlhelm-Politik

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat demnächst seinen 80. Geburtstag, der nach dem Willen der Reichsverbände zu einem großen nationalen Nummernausgefallt werden soll. Der Erste Bürgermeister des Städtchens Salzwedel wollte nun an diesem Tage alles von links bis rechts unter einen Hut bringen und sandte Einladungen über Verhandlungen über die Feier an alle Organisationen. Hieraus hat sich nun ein Briefwechsel ergeben, der zeigt, wie die Stahlhelmer auf dem Land und in kleineren Städten eingestellt sind.

Der Magistrat. Salzwedel, 28. Juli 1927.

Der 80. Geburtstag unseers Reichspräsidenten wird voraussichtlich einer Reihe von Organisationen Anlaß zur Veranstaltung von Feiern geben.

Wir glauben, daß der Bedeutung des Tages am besten entsprochen würde, wenn es möglich wäre, eine gemeinsame Veranstaltung für die Bevölkerung der Stadt Salzwedel zustande zu bringen.

Zur Erörterung dieses Planes gestatte ich mir, Sie auf Dienstag den 26. Juli, nachmittags 6 Uhr, zu einer Besprechung auf mein Dienstzimmer zu bitten.

gez. Rödiger.

Der Kreisleiter des Stahlhelms. Salzwedel, 26. Juli 1927.

Herrn Bürgermeister Rödiger, Salzwedel.

Betrifft: Hindenburg-Feier.

Ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 23. d. M. und teile Ihnen dazu folgendes mit:

Eine Verhandlung über eine gemeinsame Veranstaltung zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten kann mit dem Reichsbanner nur dann erfolgen, wenn von allen beteiligten Organisationen folgende Voraussetzungen anerkannt werden:

1. Der Reichspräsident hat sein Amt auf Grund der Verfassung von Weimar. Es müssen sich alle Organisationen, die den Reichspräsidenten ehren wollen, vorher zur Verfassung und ihren Farben bekennen. Dieses geschieht durch Beteiligung an der am 11. August d. J. stattfindenden Verfassungsfeier und Beteiligung am Fackelzug anläßlich der Verfassungsfeier unter den Farben Schwarzrotgold.

2. Die Ehrung zum 80. Geburtstag hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu gelten.

3. Bei der offiziellen Feier dürfen im Festaal und im Fackelzug nur die verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarzrotgold gezeigt werden, auf die der Reichspräsident von Hindenburg bei seiner Amtseinführung den Eid der Treue geleistet hat.

Diese Voraussetzungen sind meinerseits unabänderlich und in Uebereinstimmung mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold getroffen.

Sollten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Voraussetzungen von allen aufgeforderten Organisationen zugesagt erhalten, so sehe ich Ihren diesbezüglichen Nachrichten gern entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Diedmann, Kreisleiter.

Der Stahlhelm, Salzwedel, 28. Juli 1927.

Herrn Ersten Bürgermeister Rödiger, Salzwedel.

Den Eingang Ihres werten Schreibens vom 27. 7. 1927 bestätige ich hiermit und erlaube mir, Ihnen untenstehend die Stellungnahme des Stahlhelms, Ortsgruppe Salzwedel, zu dem Schreiben des Reichsbanners mitzuteilen.

Es ist erstaunlich, daß das Reichsbanner es wagt, den andern Verbänden, die in der Stadt Salzwedel das Vielfache seiner Stärke ausmachen, Bedingungen vorzuschreiben. Diese Bedingungen sind derart, daß ich mich im einzelnen dazu äußern muß.

Zu 1. Eine Beteiligung an einer Verfassungsfeier kann für den Stahlhelm nie in Frage kommen, da wir der Ansicht sind, daß es in der Geschichte des deutschen Volkes wesentlich bedeutungsvollere Tage gibt, die einer Feier wert sind. Ich kann es schon verstehen, daß das Reichsbanner den Versuch macht, diesem Tage durch die Mitwirkung großer Verbände einen feierlicheren Anstrich zu geben, als es ihm allein möglich ist. Der Stahlhelm ist aber dafür zu stolz, als Schritt-macher für das Reichsbanner und damit der Sozialdemokratischen Partei herzugeben.

Zu 2. Der Stahlhelm feiert in erster Linie den Geburtstag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, des großen Führers im Weltkrieg. Daß der Generalfeldmarschall außerdem Reichspräsident ist, ist für uns bei der Feier seines 80. Geburtstages völlig bedeutungslos. Es ist nach unserer Ansicht eine Ehre für die derzeitige Republik, daß Herr v. Hindenburg dieses Amt trotz vieler berechtigter Bedenken übernommen hat.

Zu 3. Der Stahlhelm wäre, um eine gemeinsame Feier zu ermöglichen, sogar so weit gegangen, daß wir zugestimmt hätten, daß neben den ruhmreichen Farben Schwarzweißrot auch die derzeitigen Farben der Republik bei der Aus schmückung des Saales mit in Erscheinung getreten wären. Der Stahlhelm

schon, welcher als Leidtragender am Grabe saß. Zwischenrufe machte den Pfarrer auf seinen Irrtum aufmerksam, aber die Zwischenrufe wurden von ihm anfangs nicht verstanden. Erst als die Zwischenrufe lauter wurden, merkte der Pfarrer, was los war. Er stellte sich um, machte aber schnell Schluss. Wie wir erfahren, soll sich der Pfarrer am Abend ins Trauerhaus begeben haben, um sich zu entschuldigen. Hierbei soll ihm recht deutlich die Wahrheit gesagt sein.

Arbeiterturnverein Friesen. Die Mitglieder-Versammlung war gut besucht. Die Einladung zur Denkmaleinweihung wurde zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß sich der Verein nicht geschlossen daran beteiligt. Die Teilnahme an den Wettkämpfen, zusammen mit den bürgerlichen Sportvereinen am Verfassungstag, wurde ebenfalls einstimmig abgelehnt. Eine längere Aussprache über das abgehaltene Sportfest ergab, daß alle Veranstaltungen des Tages als gut gelungen anzusehen sind. Auch finanziell ist ein kleiner Ueberschuß erzielt. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach diesem Fest alle sporttreibenden Arbeiter sich dem Arbeiterturnverein Friesen anschließen und die bürgerlichen Vereine meiden. Auch in den Arbeiterportvereinen können sie im Kreise Gleichgesinnter jeden Sport treiben und die höchsten Leistungen erzielen. Besonders die Arbeiterkette sollten darauf achten, daß ihre Kinder sich der Arbeiterportbewegung anschließen. Das Fest hat aber auch weiter gezeigt, wie dringend es ist, geeignete Sport- und Spielplätze zu schaffen. Aufgabe unserer Genossen im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung wird es sein, ihr Augenmerk hierauf zu richten, und so bald als möglich den notwendigen Platz zu beschaffen. Nur wenn die Sportplatzfrage geregelt wird, ist es möglich, in den nächsten Jahren

einmal größere Bezirks- oder Kreisveranstaltungen hierher zu bekommen.

Sänger-Sommerfest. Der Sommerabendball des Arbeiter-Gesangsvereins findet bestimmt am Sonnabend den 13. August, abends 7 Uhr, in der „Flora“ statt. Die Vorbereitungen sind fortgeschritten, daß alle Teilnehmer befriedigt sein werden. Es wird erwartet, daß sich die jangesfreudigen Genossen mit ihren Angehörigen in recht großer Zahl einfinden.

Arbeiterjüngerbund. Die auf Sonntag den 14. August einberufene Unterbezirkskonferenz findet um 14½ Uhr bei Herzog statt. Sämtliche Vereine des Unterbezirks müssen durch Delegierte vertreten sein.

Althaldensleben

Gemeindevertreter-Sitzung.

Der Gemeindevorsteher Genosse Scheiba gab der Vertretung Bericht über das Rechnungsjahr. Einwendungen wurden nicht erhoben und wurde Entlastung erteilt. Erfraunen rief es hervor, daß mehrere Steuerzahler mit ungefähr 6000 Mark Steuern im Rückstand sind. Da eine Nachprüfung ergeben hat, daß die vorhandene Steuerprüfung den Anforderungen nicht mehr genügt sowie einer dringenden Instanzsetzung bedarf, zog man in Erwägung, ob die Beschaffung einer Motorprübe nicht ratsamer sei. Die Vertretung steht diesem Vorschlag des Vorstehers nicht ablehnend gegenüber und beauftragte ihn, mit der Kommission und dem Brandmeister Schreyer Offerten einzuholen, außerdem mit der Feuerlöschkomitee wegen eines erhöhten Zuschusses zu verhandeln. Der Ranninger-Juchstverein hatte den Antrag eingereicht,

müßte nicht die geringste Selbstachtung haben, wenn er über die Forderung des Reichsbanners in eine Diskussion eintrete. Ich bin übrigens überzeugt, daß das Reichsbanner nicht das Zeigen der roten Fahne, die es doch sonst so oft und gern führt, verlangt.

Abschließend stelle ich fest: 1. Der Stahlhelm, Ortsgruppe Salzwedel, lehnt, nachdem ihm die Stellungnahme des Reichsbanners bekannt ist, jede gemeinsame Feier für jetzt und die Zukunft mit diesem Verband ab.

2. Ich glaube, daß das Reichsbanner, da es die Ziele des Stahlhelms und seine Einstellung zu den angeschnittenen Fragen voraussichtlich genau kennt, absichtlich solche Bedingungen stellt, um eine gemeinschaftliche Feier unmöglich zu machen. Es liegt ja eine „außerordentliche Gefahr für die Republik“ vor, daß bei einer Hindenburg-Feier nicht nur von Pazifismus, Klassenkampf und internationaler Verbrüderung gesprochen wird, sondern, daß im Gegenteil an die frühere Größe und Macht des Vaterlandes erinnert und auf ihre Wiedererlangung hingewiesen wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben, dessen Schärfe durch die beleidigende Zumutung des Reichsbanners hervorgerufen wurde, der Reichsbannerleitung übermitteln würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Jordan, Ortsgruppenführer.

Der Kreisleiter. Salzwedel, 9. August 1927.

Herrn Bürgermeister Rödiger, Salzwedel.

Betrifft: Hindenburgfeier!

Aus der hiesigen Presse ersehe ich die Antwort des Stahlhelms auf mein Schreiben an Sie. Obwohl das Schreiben des Stahlhelms bereits vom 28. Juli 1927 datiert ist, war mir bis heute von Ihnen noch keine Nachricht zugegangen, was ich wohl auf Ihren Urlaub zurückführen darf.

Obwohl die gemeinsame Hindenburg-Geburtsstagsfeier als erledigt anzusehen ist, habe ich zum Schreiben des Stahlhelms noch einiges zu bemerken.

Der Stahlhelmführer hat die Situation völlig verkannt. Fest steht, daß das Reichsbanner von Ihnen aufgefordert ist, sich an Vorbereitungen mit dem Ziele der Teilnahme an der Hindenburgfeier zu beteiligen. Da das Reichsbanner als verfassungstreue, republikanische Organisation die Besprechung und Teilnahme nur unter gewissen Voraussetzungen machen konnte, wurden Ihnen diese mitgeteilt. Wenn der Stahlhelm glaubt, diese Vorbereitungen nicht erfüllen zu können, gut, dann ist die Sache damit erledigt. Wie der Stahlhelmführer dabei auf den Gedanken kommen kann, das Reichsbanner wolle durch den Stahlhelm die Verfassungsfeier festlicher gestalten, ist unerfindlich und eine Phantasie des betreffenden Herrn.

Mit erfreulicher Offenheit sagt aber der Stahlhelm, daß eine Beteiligung an einer Verfassungsfeier für ihn nie in Frage kommen kann, daß der Reichspräsident ihm völlig bedeutungslos sei und nur der Generalfeldmarschall in Frage komme.

Ich darf nun wohl an Sie, geehrter Herr Bürgermeister, die Frage richten: „Sind Sie nach diesen Erklärungen des Stahlhelms noch gewillt, mit den Feinden der Republik, der Verfassung und der Reichsfarben, die Geburtsstagsfeier eines Soldaten gegen den Reichspräsidenten zu organisieren und zu leiten?“ Meines Erachtens muß es Ihnen Ihr Eid der Treue auf die Verfassung verbieten.

Können Sie den Worten des Stahlhelms Glauben schenken, daß er, um eine gemeinsame Feier zu ermöglichen, zugestimmt hätte, daß neben den „ruhmreichen“ Farben Schwarz-Weiß-Rot auch die „berzeitigen“ Farben der Republik bei der Ausschmückung des Saales mit in Erscheinung getreten wäre? Nein, Herr Bürgermeister, in Nr. 182 des „Salzwedeler Wochenblattes“ vom 6. August 1927 erscheint auf Seite 2 des Hauptblattes eine Notiz, daß die Bundesleitung des Stahlhelms Wert darauf legt, daß grundsätzlich mit dem Reichsbanner keine gemeinsamen Feiern abgehalten werden sollen. Der Stahlhelm hätte also ohne mein Schreiben abgelehnt. Die Leute, die von der Einigkeit des deutschen Volkes am meisten reden, tun alles, um die Einigkeit zu zerklüften.

Das Reichsbanner läßt den Stahlhelm gern unter sich und prahlen. Das „Vielsache“ seiner Stärke ist dem Reichsbanner bekannt. Trotz seiner vielen Uff mitglieder, die nie in Erscheinung treten, hat der Stahlhelm in Salzwedel nicht mehr Mitglieder als das Reichsbanner. Der „feistliche Anstrich“ des Verfassungstages wird auch ohne den Stahlhelm erreicht und die republikanische Bevölkerung Salzwedels wird alles tun, um den „schmerzlichen Verlust“ auszugleichen.

Aum Schlusse möchte ich noch eins erwähnen. Der Stahlhelmführer Jordan drückt Ihnen gegenüber seine Verwunderung darüber aus, daß das Reichsbanner nicht das Zeigen der roten Fahne, die es doch sonst so oft und gern führt, verlangt. Ich habe darauf zu sagen:

„Entweder Herr Jordan ist falsch informiert und kennt die Reichsbannerbewegung nicht, dann will ich ihm berzählen, oder aber hat er wissentlich die Unwahrheit gesagt, um das Reichsbanner zu beleidigen, dann ist es eine Gemeinheit und tiefste Verleumdung des ehrlichen Kampfes.“

Für die Folge wollen Sie bitte von Einladungen an das Reichsbanner Abstand nehmen, die gemeinsame Veranstaltungen mit dem Stahlhelm zum Ziele haben. Das Reichsbanner wird sich nur mit Organisationen eins fühlen, die den Wiederaufbau Deutschlands auf dem Boden der Reichsverfassung erstreben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Diedmann, Kreisleiter.

einmal größere Bezirks- oder Kreisveranstaltungen hierher zu bekommen.

Sänger-Sommerfest. Der Sommerabendball des Arbeiter-Gesangsvereins findet bestimmt am Sonnabend den 13. August, abends 7 Uhr, in der „Flora“ statt. Die Vorbereitungen sind fortgeschritten, daß alle Teilnehmer befriedigt sein werden. Es wird erwartet, daß sich die jangesfreudigen Genossen mit ihren Angehörigen in recht großer Zahl einfinden.

Arbeiterjüngerbund. Die auf Sonntag den 14. August einberufene Unterbezirkskonferenz findet um 14½ Uhr bei Herzog statt. Sämtliche Vereine des Unterbezirks müssen durch Delegierte vertreten sein.

Althaldensleben

Gemeindevertreter-Sitzung.

Der Gemeindevorsteher Genosse Scheiba gab der Vertretung Bericht über das Rechnungsjahr. Einwendungen wurden nicht erhoben und wurde Entlastung erteilt. Erfraunen rief es hervor, daß mehrere Steuerzahler mit ungefähr 6000 Mark Steuern im Rückstand sind. Da eine Nachprüfung ergeben hat, daß die vorhandene Steuerprüfung den Anforderungen nicht mehr genügt sowie einer dringenden Instanzsetzung bedarf, zog man in Erwägung, ob die Beschaffung einer Motorprübe nicht ratsamer sei. Die Vertretung steht diesem Vorschlag des Vorstehers nicht ablehnend gegenüber und beauftragte ihn, mit der Kommission und dem Brandmeister Schreyer Offerten einzuholen, außerdem mit der Feuerlöschkomitee wegen eines erhöhten Zuschusses zu verhandeln. Der Ranninger-Juchstverein hatte den Antrag eingereicht,

einmal größere Bezirks- oder Kreisveranstaltungen hierher zu bekommen.

Sänger-Sommerfest. Der Sommerabendball des Arbeiter-Gesangsvereins findet bestimmt am Sonnabend den 13. August, abends 7 Uhr, in der „Flora“ statt. Die Vorbereitungen sind fortgeschritten, daß alle Teilnehmer befriedigt sein werden. Es wird erwartet, daß sich die jangesfreudigen Genossen mit ihren Angehörigen in recht großer Zahl einfinden.

Arbeiterjüngerbund. Die auf Sonntag den 14. August einberufene Unterbezirkskonferenz findet um 14½ Uhr bei Herzog statt. Sämtliche Vereine des Unterbezirks müssen durch Delegierte vertreten sein.

Althaldensleben

Gemeindevertreter-Sitzung.

Der Gemeindevorsteher Genosse Scheiba gab der Vertretung Bericht über das Rechnungsjahr. Einwendungen wurden nicht erhoben und wurde Entlastung erteilt. Erfraunen rief es hervor, daß mehrere Steuerzahler mit ungefähr 6000 Mark Steuern im Rückstand sind. Da eine Nachprüfung ergeben hat, daß die vorhandene Steuerprüfung den Anforderungen nicht mehr genügt sowie einer dringenden Instanzsetzung bedarf, zog man in Erwägung, ob die Beschaffung einer Motorprübe nicht ratsamer sei. Die Vertretung steht diesem Vorschlag des Vorstehers nicht ablehnend gegenüber und beauftragte ihn, mit der Kommission und dem Brandmeister Schreyer Offerten einzuholen, außerdem mit der Feuerlöschkomitee wegen eines erhöhten Zuschusses zu verhandeln. Der Ranninger-Juchstverein hatte den Antrag eingereicht,

einmal größere Bezirks- oder Kreisveranstaltungen hierher zu bekommen.

Sänger-Sommerfest. Der Sommerabendball des Arbeiter-Gesangsvereins findet bestimmt am Sonnabend den 13. August, abends 7 Uhr, in der „Flora“ statt. Die Vorbereitungen sind fortgeschritten, daß alle Teilnehmer befriedigt sein werden. Es wird erwartet, daß sich die jangesfreudigen Genossen mit ihren Angehörigen in recht großer Zahl einfinden.

Arbeiterjüngerbund. Die auf Sonntag den 14. August einberufene Unterbezirkskonferenz findet um 14½ Uhr bei Herzog statt. Sämtliche Vereine des Unterbezirks müssen durch Delegierte vertreten sein.

zu seiner diesjährigen Amtsinhabung einen Ehrenpreis zu stiften. Hierbei wird der Schöffe Kleins auf die finanzielle Notlage der Gemeinde hin und beantragte Ablehnung. Genosse Matthies wies auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleintierzucht hin und beantragte einen Ehrenpreis im Werte von 10 Mark zu stiften. Der Antrag wurde mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Reichshand der Kriegsgeschädigten hatte den Antrag eingereicht, diejenigen Schwerverwundeten und Körperbehinderten, die auf die Hilfe eines Hundes angewiesen sind, von der Gemeindebesteuerung zu befreien. Genosse Schulze stellte den Antrag, daß jeder Einzelfall dem Steueraussschuß zur Prüfung vorgelegt werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Mit dem Schmerzenskind der Gemeinde, der Adlerschule, mußte man sich auch in dieser Sitzung wieder beschäftigen. Vom Vorsteher Genossen Scheiba wurden der Vertretung drei Klagen mit Kostenanschlag vorgelegt. Vertreter Fürstenberg von der Wirtschaftlichen Vereinigung schlug vor, den mittleren Anschlag in Höhe von 181 M. anzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine nichtöffentliche an.

Erleben

Gemeindefestern. Der Kreisaußschuß hat die beschlossenen Gemeindefestern für das Rechnungsjahr 1927 genehmigt. Sie betragen 150 v. H. Zuschläge für staatlichen Grundvermögenssteuer, 200 v. H. von den Gewerbesteuer-Grundbeträgen nach dem Ertrag und nach dem Kapital.

Autobuslinie. Seit langer Zeit ruhte der Verkehr, nun soll jetzt jeden Dienstag nach Neuhardenleben gefahren werden. Abfahrt 7 1/2 Uhr morgens von der Apotheke und jeden Donnerstag nach Magdeburg.

Badenbesuch. Laut Bekanntmachung ist für Erleben folgender Badenbesuch genehmigt: An den Wochentagen um 7 Uhr abends, Sonnabends um 9 Uhr abends. Die Fleischereien können Sonntags von 7 bis 9 Uhr morgens auch noch verkauft werden. Diese neue Regelung gilt aber wohl nur für eine kurze Zeit.

Schwere Gewitter zogen am Montag abend über unsern Ort. Das Gewitter fing um 9 Uhr an und dauerte ununterbrochen bis 4 Uhr morgens. Während hier nennenswerte Einschläge nicht zu verzeichnen waren, hat es in der näheren Umgebung mehrmals eingeschlagen.

Wetterstand. Wenn es viel regnet, bildet sich auf dem Gemeinplatz immer ein großer Teich, so daß die Anwohner darunter zu leiden haben. Schuld daran ist, daß das Wasser keinen Abzug hat und die Grabenränder meist immer verstopft ist. Hoffentlich kümmert sich die Provinzialstraßenverwaltung einmal darum, die doch dafür zu sorgen hat und Abhilfe schaffen muß.

Kreis Calbe

Stettin

Zentralverband der Arbeitslosen. Die Mitgliederversammlung beschloß sich mit den Rentenbezügen und Fragen der Familienbeihilfe für die Pensionäre des Halberstädter Knappschaftsvereins. Der Geschäftsführer des Verbandes, Müller (Magdeburg) erörterte alle wichtigen Fragen des Knappschaftsvereins, wie Grundrente, Krankentagegeld sowie Familienbeihilfe in Krankheitsfällen. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen stützten sich auf die Worte, daß alle Angehörigen der Familien und Witwen nichts ähneln, daß vielmehr alle Mitglieder dahin wirken müssen, daß bei kommenden Wahlen im Jahre 1928 sozial denkende Abgeordnete gewählt werden, die sich für die Befreiung der Lebenshaltung der Veteranen und Familien der Arbeiter einsetzen. Beiprogramm wurde noch das unumgängliche Bedenken von Späterorganisationen, wie hier in Stettin dominierte Knappschaftsverband, eines Vereins pensionierter Knappschaftsmitglieder, die durch ihre geringen Beiträge wohl Mitglieder werden, aber sonst durch ihre Schwäche auf die reichsweite Regelung der Rentenbezüge ohne Einfluß sind. Für alle Arbeitslosen und Witwen lautet die Parole: Einmütigkeit in den Zentralverband der Arbeitslosen! Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Krieger, gab über den Stand der eingereichten Klagen der früher bei den hiesigen Gemischtwaren-Verkaufsstellen Mitgliedern der Arbeitervereine. Die nächste Versammlung findet am 4. September im Jugendheim („Linden“), Eingang Reithofen, statt. Die Versammlung war gut besucht.

Barby

Die Stadtverordneten-Sitzung findet nicht am Freitag, sondern am Montag statt.

Die Einquartierungs-Kommission hat die zahlreichen Reklamationen gewissenhaft durchgeprüft und hat sie angelehnt der hiesigen Belegung leider nur zu wenigen Fällen in denen Krankheit vorliegt und die Belegung eine besondere Härte und Last bedeuten würde. Berücksichtigen können. Die Einquartierungs-Kommission hat zur Erleichterung der Einquartierungsfrage beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, daß den Quartierwirten auf Antrag eine Beihilfe von 50 Pf. je Mann und Tag aus öffentlichen Mitteln gewährt wird.

Der neue Lok. Die Kreisgenossenschaft Andau fuhr am Montag mit einem Dampfer zur Soledamündung. Bei Glinde fiel der kaufmännische Angestellte Christoph aus dem Kapitänstempel ab und erlitt, obwohl sich fünf Mann um seine Rettung bemühten, einen tödlichen Unfall.

Die Fährung der Jagdsbergkaserne findet endgültig am 21. August statt.

Calbe

Rechtsrat. Am Dienstag kam es in den Abendstunden ein von Ostpreußen nach Calbe gehender Eisenbahnzug auf dem Bahnhof. Der Schenke durch die Nacht nicht schlafen, da es sich um ein geringes Unwohlsein vorübergehender Natur handelte.

Einquartierung. Auf der Einquartierung von Mannschaften nach noch Platz für 300 Pferde besetzt werden. Da es an Ställen mangelt, werden sich daher diejenigen, die noch Quartierbesitzer sind zur Verfügung stellen können, im Rathaus, Zimmer 5, melden.

Bei dem Explosionsunfall auf Post 10 in Magdeburg ist auch ein geborener Calberner, Hermann Kampmann, verletzt.

Schönebeck

Ein letzter Schöffe. Mittags kurz nach 14 Uhr schloß der Sitzung die Redebeiträge der Schöffe, Selzer Straße, an. Die Sitzung wurde gerührt, somit ist kein Schöffe erschienen.

Rechtsrat. Der Arbeiter G. wurde zu 30 Mark und der Arbeiter E. zu 45 Mark Geldstrafe verurteilt, weil beide am 19. Juni auf dem Wasserwerk, den Angestellten G., welcher nach Schluß der Polizeistunde keine Wohnung verlassen, mittels ungesetzlicher Mittel. Der Arbeiter H. wurde wegen Verletzung und Verstoß gegen das Arbeitsgesetz zu 5 M. Geldstrafe verurteilt, weil er seinen Sohn nach 7 Uhr im Geschäft arbeiten ließ.

Rechtsrat. Arbeiterjugend. Eintreten zum Festspiel anlässlich der Reichstagsfeier am 19. Juni bei St. „Friedensfeier“. Alle Jungen und Mädchen von Schönebeck und Umgebung werden eingeladen, sich zusammen mit der Sozialistischen Arbeiterjugend am Festspiel zu beteiligen.

Rechtsrat. Der Arbeiter G. wurde zu 30 Mark und der Arbeiter E. zu 45 Mark Geldstrafe verurteilt, weil beide am 19. Juni auf dem Wasserwerk, den Angestellten G., welcher nach Schluß der Polizeistunde keine Wohnung verlassen, mittels ungesetzlicher Mittel. Der Arbeiter H. wurde wegen Verletzung und Verstoß gegen das Arbeitsgesetz zu 5 M. Geldstrafe verurteilt, weil er seinen Sohn nach 7 Uhr im Geschäft arbeiten ließ.

den Genossen in der nächsten Woche zum Einzeichnen vorgelegt werden.

Schönebeck-Feiertage

Die Versammlung der Freien Sängers war gut besucht. Karten zur Nachtampferfahrt nach Glinde am 20. August sind bei dem Vorstand erhältlich. Abmarsch pünktlich 10 Uhr ab Wolfschlucht. Am Sonntag feiert der Frauendoi bei Recken sein Stiftungsfest. Einstimmig angenommen wurde die Einladung zur Verfassungsfeier am Donnerstag in Schönebeck und an der Wannenseite des Sozialdemokratischen Vereins Feiertage am 11. September. Am Verfassungstag marschieren die Sängers 18.15 Uhr nach Frohe zum Platzkonzert, anschließend nach Schönebeck. Zum Hilfsfester wurde Sangesbruder Böbling gewählt. Gutgeheßen wurde die Einführung von Beitragsmarken ab 1. August. Mit der Bearbeitung der Geschäftsordnung wurde die Statutenberatungskommission beauftragt. Die nächste außerordentliche Generalversammlung soll darüber beschließen.

Siedendorf

Leichtsinziger Schütze. Der Schießwütige, der am Dienstag nachmittag den Postwärtler am Knie verletzte, konnte festgesetzt werden. Es ist ein Gastwirtssohn, der sich auf der Windmühle befand und nach Rauben schloß. Hier zeigt sich wieder einmal, wie leichtsinnig gewisse Leute mit Gewehren umgehen. Ohne Rücksicht darauf, ob sich Leute in der Nähe befinden oder nicht, wird drauflos geschossen. Öffentlich bekommt der Schütze eine empfindliche Strafe.

Frauengruppe. Morgen Freitag abend Frauenzusammenkunft bei Runge.

Alten

Stadtvorordneten-Sitzung.

Zunächst stimmte das Kollegium der Prozeßführung gegen die Firma Stahl u. Nölke zu. Das Ortsgesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wurde gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Als Schiedsmann für den 1. Bezirk wurde Genosse Franz Stöber gewählt. Der Bauungs- und Kulturplan 1927/28 weist einen Lebensfuß von etwa 500 Mark auf. Der kommunistische Stadtvorordnete Ulrich stellte den Antrag, nicht wie vorgesehen 15 Mark, sondern 1500 Mark für Weidenkulturen auszuwerfen. Der Bürgermeister entgegnete, daß für diese Kulturen im nächsten Jahre mehr getan werden soll. In diesem Jahre ist das wegen der gespannten Geldverhältnisse der Stadt nicht gut möglich. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Plan, wie ihn der Magistrat vorgelegt, genehmigt.

Nun kam der Hauptpunkt, die Genehmigung des Stats für 1927/28. Referent war der bürgerliche Stadtvorordnete Stöber. Er richtete nach Aufführung verschiedener Positionen an den Bürgermeister die Frage, ob es nicht gemäß Vorschlags der Landwirtschaftskammer möglich sei, an dem allzu hohen Schuletat durch Abbau weiterer Lehrkräfte sparen zu können. Der Bürgermeister erklärte kurz, daß dies nicht möglich sei. Genosse Göring empfahl der Landwirtschaftskammer, erst einmal bei sich mit Sparen zu beginnen, erst dann könne sie mit Sparmaßnahmen an unsere Stadt herantreten. Die R. P. D. war grundsätzlich, also wie immer, gegen jede Steuerbewilligung. Diese Fraktion und der bürgerliche Stadtvorordnete Reßberg waren strikte gegen die zu hohen Sätze. Es ist aber in diesem Jahre unendlich, die vorgeschlagenen Sätze zu ermäßigen. Es ist jedoch möglich, wenn alle Steuerzahler pünktlich und eifrig ihre Steuern begleichen, im letzten Vierteljahr einen Nachschuß gewähren zu können. Nach diesen Ausführungen wurden der Etat und die vorgeschlagenen Sätze gegen die Stimmen der äußersten Linken angenommen. Krankheitshalber ist der bisherige Beigeordnete Kammann von seinem Posten zurückgetreten. Der Bürgermeister schlug vor, dem Beigeordneten für seine Aufopferung den Dank des Kollegiums und des Magistrats auszusprechen zu lassen. Nachdem noch Genosse Ede die unparteiliche Ausfüllung des Beigeordnetenpostens durch Kammann ebenfalls anerkannte, beschloß die Versammlung, mit Ausnahme der äußersten Linken, die Ausfertigung eines Anerkennungsbescheides. Als neuer Beigeordnete wurde Genosse L. Göring, Geschäftsführer des Konsumvereins, mit den Stimmen der R. P. D. gewählt. Die Sitzung fand hiermit ihr Ende.

Gewerkschaftsstatistik. In der letzten Sitzung hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Sozialversicherung. Alle Arbeiter sollten darauf bedacht sein, daß sie bei Aufnahme einer Arbeit in eine Krankenkasse kommen und für sie Zusatzmarken gekauft werden. Von besonderem Wert ist es aber, nach Beendigung einer Arbeit die sozialen Versicherungen weiter zu steuern, um so seine Kredite zu sichern und zu steigern.

Stadtkreis Albersleben

Die Frauengruppe der Partei hielt am Dienstag eine Versammlung ab, die von 170 Frauen besucht war. Genosse Lehner Heße hielt einen Vortrag über das neue Reichschulgesetz und seine Folgen. Er ließ dem Entwurf eine berke Kritik angedeihen. Die Lehrer seien nach dem Gesetzentwurf nicht mehr freie Staatsbeamte, sondern Staatsbedienstete. Der Entwurf müsse mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Rein Geistlicher ist bis jetzt abgelehnt worden, aber so mancher Lehrer. Die Welligkeit der Schule ist in der Reichsverfassung garantiert. In der Aussprache stimmte dem dem Referenten zu. Man werde sich auch mit dem Landrat und dem Reichsausschuß beschäftigen. Tag und Treffpunkt werden noch bekanntgegeben.

Die Schulförderleistung, die durch die Schulferien unterbrochen war, wird am Montag den 15. August wieder aufgenommen. Eine Besetzung tritt insofern ein, als in Zukunft nur abwechselnd Tisch- und Tafelarbeiten verrichtet wird. Dazu kommt das übliche Frähen. Die zuweilen bislang verabschiedeten Graubens-, Reis- und ähnlichen Gruppen kommen in Regelfall, weil sie von vielen Kindern nicht gern gesehen werden. Bis zum Montag hat in den einzelnen Schulen eine Revisionsarbeit der zu speisenden Kinder zu erfolgen, da jedes Vierteljahr damit gewährleistet werden soll. Die an die einzelnen Schulen zu liefernde Portionenanzahl bleibt wie bisher. Zusammen werden jeden Tag 450 Portionen verbraucht. Der Preis der Portion ist 4 Pfennig. Aber auch dieser geringe Betrag von 24 Pfennig wird bei vorliegender Bedürftigkeit des Kindes auf Antrag erlassen. Die Speisen werden von der Küche im Johannishospital den Schulen zugeführt.

Die Sommerstraße wird jetzt entsprechend den Beschaffen der städtischen Körperlichkeiten zum Teil einer Neupflanzung unterzogen. Am 1. Juli wurde mit der Arbeiten begonnen, am 12. August sollen sie beendet sein. Die Befestigung wird gemäß, damit die verkehrsreiche Straße mehr als lange dem öffentlichen Verkehr entgegen wird. Wenn man bedenkt, daß rund 24 Kilometer Straßenlänge in 4 1/2 Meter Straßenbreite (das sind rund 1000 Quadratmeter) in knapp 6 Wochen mit Steinplatten versehen werden muß, so ist das jedenfalls eine herbe Aufgabe. Die Arbeiten werden ausgeführt von den beiden Firmen E. Schmidt (Schönebeck) und E. Thiemann (Albersleben). Die beschäftigten etwa 20 Steinleger sind ausschließlich aus der Gegend. Die hiesige Steinlagerung muß zu haben werden. Dagegen sind die mitgeführten etwa 25 Steinarbeiter ausschließlich hergekömmt. Das Pflaster ist aus „Fischgräten“ hergestellt, begreift aus Albersleben im Friedrichsbad. Das Pflaster beginnt dicht hinter der bekannten Steinlagerung. Der Sommerweg, der neben dem Pflaster Laß, wird von der Stadt in eigener Regie hergestellt. Der städtische Hausplan ist in der entsprechenden Heranziehung für diese Pflanzung der Sommer Straße die Summe von 15000 Mark vor. Pflanzungen sind eben ungeheuer kostspielig! Trotz der von den Mägen der Zeit angezeigten Sparbarkeit, war aber die Herstellung der Straße nicht zu vermeiden. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, wird die angegebene Summe nicht überschritten werden.

Störungen sind eben ungeheuer kostspielig! Trotz der von den Mägen der Zeit angezeigten Sparbarkeit, war aber die Herstellung der Straße nicht zu vermeiden. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, wird die angegebene Summe nicht überschritten werden.

Kreis Quedlinburg

Cochstedt

Unfall im Betrieb. Am Donnerstag vormittag verunglückte der Bergmann W. H. G. engstmann. Durch Kriegsverletzung ist er am linken Fuß schwer beschädigt, nun ist ihm auch der rechte Fuß durch Anlauf eines Wagens in der Seilbahn vollständig gebrochen worden. Das ist auf Grube Esar bei Egeln in dieser Woche der zweite Fall.

Schneidlingen

Kindertest. Am Sonntag nachmittag wird eine Kinderbelustigung veranstaltet; Freitag abend 8 Uhr beim Kamezaden Gille letzte Besprechung des Ausschusses über das Kindertest.

Kreis Jerichow 1

Darchau

Auf Dummensang. In unserm Orte will am Sonnabend die R. P. D. eine öffentliche Versammlung abhalten, selbstverständlich zu dem Zweck, unsere Partei durch den Dreck zu ziehen. Genossen und Freunde, bleibt alle der Versammlung fern und zeigt den Schädlingen der Arbeiterklasse, daß wir von diesen Leuten, die nur das Maul aufreißen können, nichts wissen wollen. Laßt sie allein tagen und schimpfen.

Stadtkreis Burg

Ein Mussolini.

Die Firma Konrad Tad & Cie. und damit natürlich auch die beschäftigten Arbeiter haben am 1. Januar einen neuen Direktor bekommen. Das Sprichwort „Neue Besen kehren gut“ will der neue Herr wahr machen. Die Leitung der Firma muß sich wohl von diesem Herrn sehr viel versprochen haben, denn es wurde eine gut eingerichtete Villa gekauft, um ihm ein Heim zu schaffen. Nun ist ein halbes Jahr verfloßen, die gegebenen Versprechungen sind aber anscheinend noch nicht eingelöst. Gewiß haben die bisherigen technischen Leiter der Neurenungen einen gewissen Widerstand entgegengesetzt. Jedenfalls war das Wort „Sein Wille geschehe!“, nicht immer leicht durchzuführen. Zur Unterstützung wurden deshalb neue Meister herbeigeholt. Solange es sich um technische Verbesserungen und Herbeiführung besserer Qualitätsarbeit handelte, haben die Arbeiter mit Verständnis mitgearbeitet. Dabei riefen allerdings die von dem neuen Herrn beliebten zynischen Redensarten oftmals einen Groll hervor, doch war es bisher noch zu ertragen. Jetzt scheint sich der Herr Direktor mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Worte wie „raus-schmeißen“, „kündigen“ und „mal reine Bahn machen“ sind an der Tagesordnung. Denn die gut organisierte und in den einzelnen Sparten gut disziplinierte Arbeiterschaft der Firma ist ihm ein Dorn im Auge. So etwas ist ihm noch nirgends, trotz der vielen Stellen, die er durchlaufen hat, passiert. Darum sollen die Arbeiter eingeschüchtert werden, damit er unbeschränkt herrschen kann. Dem Herrn ist es unerhört, daß sich ein Arbeiter erlaubt, ihm gelegentlich zu widersprechen. So etwas ist ihm sogar in Ausland nicht passiert, trotzdem er längere Zeit dort tätig war. Ganz unfassbar ist ihm, daß sich die Arbeiter erlauben, zu frühstücken und sich sogar dabei hinzusetzen. Das Schlimmste ist nach seiner Auffassung, daß sie sich sogar eine Flasche Bier dabei leisten, die sie sich erst holen müssen. Eine Kantine ist nicht vorhanden, denn soweit darf man den rund 2300 Beschäftigten nicht entgegenkommen. Daß die Getränke zu einer bestimmten Zeit ausgegeben werden, kann ihm auch absolut nicht gefallen. Dabei wird doch Zeit veräumt, die der Profitmacherei verlorengelieft. Was braucht sich denn ein Arbeiter zu stärken, zumal im Sommer in den schlecht gelüfteten Räumen einer Schufabrik?

Nach Ansicht dieses neuen Mussolinis hat der Arbeiter, solange er im Betrieb ist, zu arbeiten, damit die 8 Stunden voll ausgenutzt werden. Wir sind der Ansicht, daß auch der Arbeiter das Recht hat, neben seiner Arbeitsleistung noch Luft zu holen. Es kümmert sich ja auch kein Mensch darum, wenn die Arbeiter wegen Stöckung in der Materialzuführung warten müssen. Darum, ihr Arbeiter der Firma Konrad Tad & Cie., seid auf der Hut! Ihr müßt jetzt, wie der Wind weht. Das ist nur erst der Anfang. Die Einführung des fließenden Bandes ist geplant. Noch mehr soll aus euch herausgeholt werden, und wenn es Zufrieden kostet. Es hat den Anschein, als wenn lieber noch mehr Direktorenkosten erhofft werden sollen, die mit hohen Gehältern die Generalunkosten erhöhen, als daß den Arbeitern auch nur ein Zehntel Pfennig mehr gegeben wird. Bei etwas besserer Entlohnung würde sich die Qualität der Arbeit heben, die die Arbeiter nicht gezwungen wären, mit solcher Hast ihre Tätigkeit auszuüben, um einen erträglichen Verdienst zu erzielen. Wir wissen zwar nicht, wie sich der Betriebsrat zu den Vorläufigen verhält. Es soll vorgekommen sein, daß er auch schon scharfe Auseinandersetzungen mit dem neuen Herrn gehabt hat. Wie wir den Betriebsrat kennen, wird er schon aufpassen und seine Schuldigkeit tun. Für die Belegschaft der Firma ergibt sich aber die Notwendigkeit, daß sie ein wenig hinter dem Betriebsrat steht, um ihm den Rücken zu stärken. Steht fest zu eurer Organisation und haltet Disziplin in den einzelnen Sparten, dann wird auch das Experimentieren des neuen Herrn wirkungslos verpuffen. Nur dann könnt ihr aber auch euer Arbeitsverhältnis einigermaßen erträglich und menschenwürdig gestalten. Das ist doch das Ziel!

Achtung, Parteiführer! Die „Partei“ ist eingetroffen und im Parteisekretariat abzuholen. (Wenn geschlossen ist, im Metallarbeiterbureau melden.)

Das Wohnungsamt schreibt: „In letzter Zeit sind eine große Anzahl Ueberretungen des Wohnungsmangelgesetzes festgestellt worden, so daß sich das Wohnungsamt veranlaßt sah, einzelne Fälle gemäß § 17 des Wohnungsmangelgesetzes zur Anzeige zu bringen. Durch Urteil des Amtsgerichts Burg vom 7. Juli sind ein Hauswirt und ein Mieter wegen unzureichender Befahrung einer Wohnung mit 50 bzw. 40 Reichsmark oder für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis bestraft worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß unzulässig weitre dem Wohnungsamt zur Kenntnis kommende Fälle zur Anzeige gebracht werden und daß sich dann die Betroffenen die Folgen selbst zuzuzurechnen haben. Das Wohnungsamt ist, um einen geregelten Dienstbetrieb aufrechterhalten und jedem Wohnungsuchenden gerecht werden zu können, gezwungen, durch Gesetz vorgesehene Strafbestimmungen zu beantragen.“

Was der Altmarkt

Gewitterschäden in der Altmarkt.

Die heftigen Gewitter in der Nacht zum Dienstag haben großen Schaden angerichtet. Gewitter von solcher Heftigkeit haben die Altmark lange Jahre nicht erlebt. Hier bis fünf Gewitter umlagerten die Dörfer, nach auf Kraach folgte; Misse gulten unanständig. Zum Teil zündeten Misse. In einigen Dörfern wurden Scheunen, oder, was noch schlimmer ist, Wohnhäuser eingestürzt. In Bismark begann das Unwetter abends gegen 9 Uhr durch Wetterleuchten. Zwischen 2 und 3 Uhr nahm es heftige Formen an. Ein Blitz schloß durch Einschlag die Transformatoranlage am Scherblod außer Betrieb. Die halbe Stadt war im Dunkel. — In Osterburg erreichten die Gewitter ihren Höhepunkt nach 12 Uhr und 2 Uhr. ziemlich heftig tobten Blitz, Donner und schließlich auch der Regen. Vor dem Schützenhaus hatte sich auf dem freien Platz in kleiner See gebildet, da die Kanäle nicht so schnell das Regenwasser abführen konnten. — In Neuhardenleben tobten mehrere Gewitter am späten in der Zeit von 11 bis 3 Uhr. In der Umgebung hat es mehrfach eingeschlagen, ohne großen Schaden anzurichten. — In Meie-Üllingen wurde eine Kuh auf der Koppel vom Blitz erschlagen. — In

Aus dem Stendaler Stadtparlament

Eine Reihe wichtiger Vorlagen veranlaßte das Stadtparlament trotz der Ferien und großen Hitze zu tagen. Die Stadtverordneten waren fast vollständig erschienen. Vorsteher Danneemann gab einige Eingaben bekannt, darunter auch eine Beschwerde eines Schwerkrriegsbeschädigten über den Magistratsobersekretär Werner auf dem Unterstützungsweg. Wie uns geschildert wird, ist das Benehmen im Umgang mit Schwerkrriegsbeschädigten einfach skandalös und spottet jeder Beschreibung. Werner gehört nicht an diese Stelle. Schon oft sind Magen über ihn laut geworden, die wir auch in der „Volkstimme“ besprochen haben. Die Stadtverordneten konnten deshalb keine Stellung dazu nehmen, weil sie in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen dürfen. Danach scheint es also, als ob man endlich gegen den Mann vorgeht.

Der Brauereibesitzer Otto Richter hatte in einem Schreiben an Magistrat und Stadtverordnete Vorschläge in der Art Besteuerung von Jungbier gemacht. Man will ihm zu einem Vortrag Gelegenheit geben. Der Gärtnerbesitzer Koch führte darüber Beschwerde, daß man auf den Wiesfeldern eine zu starke Bewässerung vorgenommen hat, die ihm wiederum die diesjährige Ernte vernichtet hat. Schon in den Vorjahren soll es ihm so gegangen sein.

Dann begann man mit der Beratung der 20 Punkte der Tagesordnung. Zur Teilnahme am Provinzial-Städtetag in Nordhausen wurden die Stadtverordneten Danneemann, Spitz und Genosse Wendt bestimmt. Von außerordentlichen Geldebewilligungen im 1. Vierteljahr nahm man Kenntnis. Für die Hochwasserbeschädigten im Jahre 1926 wurden 2655 Mark nachträglich bewilligt. Von der Regierung sind noch Gelder zugeteilt worden, so daß eine Summe von über 7700 Mark zur Verteilung gelangte. Genosse Nagel führte dazu aus, daß man keine klare Uebersicht über den Verteilungsplan habe, deshalb müsse die Vorlage zurückgestellt werden. Das rief den Oberbürgermeister auf den Plan, der dann angab, daß 177 Personen Ansprüche gestellt hätten, die nicht alle berücksichtigt werden. Der Beschluß hätte schon längst gefaßt sein können. In dem Plane könne nichts mehr geändert werden. Als in diesem Jahre Ueberschneidungen stattfanden, haben wir uns an die Regierung gewandt wegen Entschädigungen. Die Regierung stellt in diesem Jahre Mittel nicht zur Verfügung. Es sollen nur dann Entschädigungen gezahlt werden, wenn nachgewiesen wird, daß jemand in seiner Existenz gefährdet ist. Nach dem Gesetz vom Jahre 1911 seien auch um Stendal herum Gebiete als Ueberschneidungsgebiete erklärt worden. Wenn in solchen Gebieten durch Ueberschneidungen Schäden entstehen, hätten die Anlieger rechtlich keinen Anspruch auf Entschädigungen. Sie hätten dort nichts pflanzen sollen. Unglaublich sei, wie die Leute ihre Ansprüche gestellt haben. Beispielsweise fordert einer für 1/2 Morgen Kartoffelfeld den Ersatz von 57 Zentner Kartoffeln usw. Nach dem allgemeinen Grundsatz sei nicht die Ernte zu entschädigen, sondern das, was man in die Erde gelegt habe.

Genosse Treumann sagte, daß die Liste nicht recht in Ordnung sei und daß doch wohl mancher Geld bekommen habe, dem rechtlich nichts zuzufleh. Die kleinen Leute, die alle bei den schlechten Löhnen ihre wirtschaftliche Lage durch die Ernte aufbessern müssen, sind gerade am schwersten geschädigt und diese werden bei Hochwasser immer wieder betroffen und darum müsse sie entschädigt werden. Der Oberbürgermeister will die Liste vorlegen und gab dann zu, daß mancher Entschädigung bekommen habe, der es nicht verdient hat. Stadtv. Gildenpennig warf dem Magistrat vor, daß er es verjümt habe, Schleusen zu bauen. Das Drängwasser der Lichte dringt in den Schlipf- und neuen Graben ein, was durch Schleusen verhindert würde.

Der Oberbürgermeister macht „Politik“.

Für das Tannenbergs-Nationaldenkmal will der Magistrat 300 Mark bewilligen. Bei der Beratung dieser Vorlage, die politische Färbung annehm, zeigte sich wieder so recht das militärische Gesicht der bürgerlichen Rathhausmehrheit. Genosse Nique sagte den Herrschaften, man könne die Gefallenen besser ehren, wenn man den Angehörigen besser helfen würde. Der Oberbürgermeister brachte eine Lanze für das Tannenbergs-Denkmal und hielt eine große Propagandarede für den Feldmarschall Hindenburg. Dabei wollte er dem Genossen Nique unterziehen, den Reichspräsidenten v. Hindenburg herabgesetzt zu haben. Der Soldaten, die gebüht haben, gedachte der Oberbürgermeister dabei leider nicht und das ist bezeichnend. Man will für Hindenburg und nicht für die Gefallenen das Tannenbergs-Denkmal setzen.

Genosse Nique hatte mit Recht gesagt, man solle nicht durch Denkmäler daran erinnern, wie die Menschen in die Majestätischen Seen oder anders, in den Tod gejagt worden sind, sondern unserer Jugend Völkerverliebe aber nicht Haß predigen. Der Oberbürgermeister nämlich hielt es für nötig, einen Schlag gegen Frankreich loszulassen. Er meinte, wir würden uns nie mit Frankreich ausöhnen. Ja, es ist wirklich noch Lachen, wenn sich deutschnationaler Oberbürgermeister über „Politik“ ipricht. Er denkt nur an seine Nationalisten, die ja den Haß schüren und zu neuem Völkermorden heizen.

Die 300 Mark für das Denkmal wurden von den Nationalisten bewilligt. Für die deutsche Nothilfe aber sollen nur 500 Mk. bewilligt werden. Unsere Fraktion beantragte den doppelten Betrag. Mit Recht brachte Genosse Otto Schütz zum Ausdruck, daß hierfür die Bewilligung von Geldern wirklich zweckentsprechend sei. Den vom Umwelter in Sachen Betroffenen, die Hab und Gut verloren haben, muß geholfen werden. Es half aber alles Neben nichts, die bürgerliche Rathhausmehrheit stimmte nur für 500 Mark und der Antrag unserer Fraktion kam dadurch zu Fall. Der „Demokrat“ Danneemann besaß zudem noch die Dreistigkeit zu sagen, man solle nicht immer so aus dem vollen schöpfen. Dann wurden zur Anlegung von Tennisplätzen 3000 Mark als Darlehen bewilligt.

Nach einmal wurde die Debatte politisch, als es sich um die Bewilligung von 1000 Mark für die Hindenburgdenkmale handelte. Wir haben den Unfug der Ludendorffdenkmale noch nicht vergessen, die auch für die Kriegszopfer bestimmt war, von der diese aber herzlich wenig zu sehen bekamen. Deshalb lehnte Genosse Treumann im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die Bewilligung der 1000 Mark ab. Man sollte vom Reich aus für die Krüppel, Waisen und Witwen besser sorgen. Das ist möglich, wenn die Besessenen schärfer zur Steuerleistung herangezogen werden. Auch hierbei legte sich der Oberbürger-

meister für die Bewilligung warm ins Zeug. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion wurden dann die 1000 Mk. bewilligt.

Die Wassertarife für Großabnehmer wurden wie folgt geregelt: für die ersten 1000 Kubikmeter 20 Pf., für die zweiten 1000 18 Pf. und für die dritten 1000 15 Pf.

Wohnungsbau im nächsten Jahre.

Nach einer Vorlage des Magistrats soll ein Darlehen in Höhe von 200 000 Mark zur Förderung des Wohnungsbauwesens aufgenommen werden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ließ durch ihren Sprecher, Genossen Treumann, erklären, daß dieser Betrag zu gering sei und daß 300 000 Mark eingeleistet werden müßten. Bei der Staatsberatung hatten wir beantragt, weitere 100 000 Mark zur Förderung des Wohnungsbauwesens zu bewilligen. Der Antrag wurde feinerzeit abgelehnt. Heute steht auch der Magistrat die Notwendigkeit ein, daß mehr Mittel für den Wohnungsbau notwendig sind. Es muß unbedingt beim kommenden Wohnungsbau darauf gesehen werden, daß Wohnungen gebaut werden, die von Arbeitern bezogen und bezahlbar werden können. Der Oberbürgermeister machte dazu längere Ausführungen. Die Bauherren wollen schon jetzt wissen, welche Darlehen im nächsten Jahre für sie bereitstehen, darum sei schon jetzt die Vorlage eingebracht. Ueber 215 Wohnungen sind im Jahre 1927 entstanden. Im nächsten Jahre sollen kleinere Wohnungen gebaut werden. Vor dem 1. Februar 1928 soll mit dem Bau nicht begonnen werden, denn die Mittel aus der Hauszinssteuerhypothek im nächsten Jahre reichen nur noch zu 50 Wohnungen. Diese Zahl ist am sich gering, würde kaum für ein Drittel der gestellten Anträge genügen und die Bauaktivität erheblich herabmindern. Deshalb soll also ein Darlehen von 200 000 Mark aufgenommen werden, das mit 2 Prozent verzinst und von einem zu bestimmenden Zeitpunkt mit mindestens 1 Prozent getilgt wird. Die Stadt selbst wird einschließlich etwaiger Kursverluste mindestens 17 000 bis 18 000 Mark zu zahlen haben, so daß etwa 14 000 bis 11 000 Mark durch Steuern zu decken sind. Es ist auch zu prüfen, ob die Baulustigen das übrige Geld aufbringen können.

Genosse Treumann erwiderte, es möchten so schnell wie möglich durchgreifende Änderungen zur Beseitigung der Wohnungsnot geschehen. Der Antrag unserer Fraktion, statt 200 000 Mark 300 000 Mark bereitzustellen, wurde abgelehnt und 200 000 Mark bewilligt, mit der Bedingung, daß die Gelder nicht vor dem 1. Februar 1928 an die Baulustigen ausgegeben werden und dann auch nur an solche, die imstande sind, den Bau finanziell auch wirklich zu Ende zu führen.

Der neuen Tierstreuordnung wurde zugestimmt. Die Bismarckstraße soll neu gepflastert und umgestaltet werden. In der Mitte der Straße soll eine Promenade angelegt werden, die eine Breite von 4,60 bis 7 Meter erhält. Dadurch entsteht eine Zweibahnstraße, die sich dann würdig an die Alte Dorfstraße mit ihrer Promenade in der Mitte anschließen würde. Der Fahrdamm soll je 7 Meter Breite bekommen. Die in der Bismarckstraße wohnenden Ueberbürger lehnen sich gegen die Art der Umgestaltung der Straßenbildes auf und protestieren, das wird ihnen aber nichts helfen. Die Kosten der Umgestaltung der Straße stellen sich auf 63 500 bis 78 500 Mark, je nachdem Schladepflast oder Gußasphalt verwendet wird. 50 000 Mark sollen davon durch Anleihe gedeckt und der Rest im Laufe von 2 oder 3 Jahren aus laufenden Mitteln aufgebracht werden. Die Anlieger sollen mit einem Zehntel zu den Kosten herangezogen werden. Man nahm nach der Sitzung eine Beschichtigung der Straße vor. Die Vorlage wird wohl nach den Vorschlägen des Magistrats Annahme finden. Wir Sozialdemokraten begreifen das, schon deshalb, weil wieder Arbeitslosigkeit dadurch beschafft wird.

Der Turnplatz hinter der Turnhalle in der Schützenstraße soll an der Brauhausstraße eine Einfriedigung aus Drahtgeflecht erhalten. Ein ungehöriger Turnbetrieb ist nicht möglich, wenn, wie vielfach, der Turnplatz von Unbefugten während des Unterrichts überschritten wird. Die Kosten stellen sich auf 620 Mark und wurden bewilligt.

Bei Beratung des Stellenplans für die Bureaubeamten verlangte Genosse Treumann, daß der Arbeitsnachweisleiter nach Gruppe 9 besetzt wird, wie das in anderen Städten der Fall ist. Dagegen wandte sich der Oberbürgermeister, denn dann würden auch andere Bureauvorsteher dieselbe Besoldung haben wollen. Die Bürgerlichen stimmten darauf gegen die HöherEinstufung. Schließlich wurde aber die Vorlage, weil sie manchem nicht klar war, zurückgestellt.

Der preussische Staat hat das Eichamt mit 25 000 Mark erworben und übernommen. Die Stadt hat daran die Bedingung geknüpft, wenn einmal wieder das Gebäude verkauft werden sollte, das Vorkaufrecht zu haben.

Der Vorstand der Herberge zur Heimat hat gleichzeitig mit der Aufstellung eines Desinfektionsapparates eine Vadeinrichtung geschaffen und fordert nun dafür nachträglich von der Stadt die Mittel von 2200 Mark. Der Landeshauptmann will auch hierfür die Verzinsung und Tilgung übernehmen. Genosse Stapel wandte sich dagegen, daß man einfach Einrichtungen schafft und später sich die Mittel bewilligen läßt. Aber die Mittel wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. In der Freibadabteilung hat sich infolge des Hochwassers Schlamm angesammelt, der Oberbürgermeister versprach Abhilfe zu schaffen. Die Ueberwindung der Geschäftskrisis soll noch solange zurückgestellt werden bis die Städteordnung vorliegt. Die Wahlen zum Industrieauschuß befriedigen uns nicht. Man will 6 Stadtverordnete wählen, 3 Vertreter der Arbeitgeber- und 3 Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen. Für die organisierte Arbeiterschaft bedeutet das eine Benachteiligung. Die freien Gewerkschaften haben ebenso wie die Arbeitgeber 3 Vertreter zu beantragen. Genosse Treumann wandte sich gegen die bürgerliche Fraktion und sagte, daß gelbe Organisationen kein Recht haben, als Arbeitervertretungen anerkannt zu werden. Die Bürgerlichen machten schnell Konzeptionen und verlangten je einen Vertreter der Beamten-, der Angestellten- und Arbeitnehmerorganisationen. Das bedeutet noch immer eine Zurücksetzung. Gegen die Stimmen unserer Fraktion wurde der bürgerliche Antrag angenommen und unser niedergestimmt. Als Stadtverordnete gehören dem Ausschuss an Danneemann, Borgum, Wichmann und Dr. Kamietz und unsere Genossen Treumann und Müller. Wähler sorgt bei der nächsten Wahl für ein anderes Stimmverhältnis im Stadtparlament, damit im nächsten Jahre die Willfür der bürgerlichen Mehrheit aufhört.

ein Flammenmeer. Ungeheure Wassermengen führten zur Erde und veranlaßten die Allerniederung und die Seitenränder in langgestreckte Seen. Das Einbringen der Ernte, das durch die fett einiger Zeit herrschende trockene und warme Witterung begünstigt wurde, erleidet nun wieder eine unliebsame Verzögerung.

Zangebrände

Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag war nur von kurzer Dauer. Das Hauptinteresse beanspruchte wohl der Punkt: „Einführung einer Biersteuer“, welcher schon auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung gestanden hat und damals an den Magistrat zurückverwiesen wurde. Von dem Ergebnis der Revision der städtischen Kassen wurde Kenntnis genommen. Dann trug der Erste Bürgermeister die Vorlage über die Biersteuer vor. Für unsere Fraktion erklärte Genosse Gering, daß wir der Einführung der Biersteuer zustimmen werden, um einer Zwangskassierung seitens der Regierung vorzubeugen. Diese würde bestimmt bei der Nichterhebung der Steuer erfolgen und dann würde sich der Etat wesentlich ungünstiger gestalten. Vor allem wurde auch die Aufnahme der Anleihe von 180 000 Mark in Frage gestellt, die hauptsächlich zur Ausführung von Pflasterarbeiten dienen soll. Damit würden dann für eine ganze Anzahl Erwerbsloser die Verdienstmöglichkeiten fortfallen, die sie durch diese Arbeit hätten. Die Vorlage wurde angenommen, ebenso der abgeänderte Etat, der um 17 000 Mark geringer ausfällt, als ursprünglich vorgesehen war. Das städtische Grundstück Marktstraße 7 soll mit dem Grundstück Marktstraße 35 vertauscht werden, um das letzte Stück der Friedrichstraße ausbauen zu können. Das wurde von der Versammlung genehmigt. Die Jahresrechnung der Kammereasse wurde genehmigt und der Wahl des Kassensekretärs der Kammereasse zugestimmt. Zum Städtetag nach Nordhausen fahren die Stadtverordneten G. S. (bürgerl.), Geisler (S. P. D.) und Genossin Straube, vom Magistrat der Erste Bürgermeister und Genosse Döbberlin. Nachdem noch zur Prüfung der Jahresrechnung der Sparkasse die Stadtverordneten Hellwig und Genosse Thielbeer gewählt waren, erreichte die Sitzung nach einstündiger Dauer ihr Ende.

Aufgefunden wurde die Leiche des am Montag ertrunkenen Arbeiters Bösa.

Cardelagen

Zum Wochenmarkt waren 344 Ferkel und 16 Schweine aufgetrieben. Die Preise betragen für Ferkel bis zu 5 Wochen 6 bis 8 Mark; von 6 bis 8 Wochen 8 bis 12 Mark; von 8 bis 16 Wochen 12 bis 20 Mark; für Schweine von 8 bis 4 Monaten 20 bis 30 Mark. Handel und Umsatz waren flott.

Stadtverordneten-Sitzung am Freitag den 12. August, nachmittags 5 Uhr. Wir empfehlen unsern Genossen, die Sitzung zu besuchen. Einführung von zwei neuen Stadtverordneten, des Tischlereimeisters Krause und des Schneidermeisters Wolmer, sowie die Weiterberatung des Stats stehen auf der Tagesordnung.

Auszahlung der Zusatzrente am Freitag den 12. August, vormittags, in der Kreis-Kommunalkasse.

Japanische Souffler treiben in unserer Gegend ihr Unwesen. Gehandelt wird größtenteils angeblich japanisches oder chinesisches Porzellan, zu verhältnismäßig hohen Preisen. Es ist aber in den meisten Fällen minderwertige deutsche Ware. Es wird daher vor Ankauf gewarnt.

Zangebrände

Die Versammlung der Freireiter am Dienstag war gut besucht. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Genosse Krüger gab den Bericht vom Verbandstag in Dessau und schloß die eingehende die Beschichtigung des Krematoriums und des Urnengrabs. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Schwerer Sturz vom Rabe. Der Rottenführer August Müller stürzte auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstätte auf der Straße infolge Gabelbruchs seines Rabes so unglücklich, daß er schwere Verletzungen im Gesicht davontrug und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Gemeindevertreter-Sitzung. Am Montag fand eine nicht-öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung statt, in der zur Beratung stand: Abhaltung einer amtlichen Verfassungsfeier und Benutzung eines Klajenzimmers für die sozialistische Arbeiterjugend. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierten beide Fraktionen, daß der Vorsitzende die Sitzung als nicht-öffentlich einberufen hatte. Ueber beide Punkte kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, und speziell Herr Heil zeigte so recht sein republikfeindliches Gesicht, indem er im Namen seiner Fraktion erklärte, keinen Pfennig für eine Verfassungsfeier zu bewilligen. Auch der Gemeindevorsteher hat sich nach unserer Auffassung grobartig um die Veranstaltung gedrückt, indem er erklärte, daß für eine würdige Veranstaltung einer Feier nicht mehr genügend Zeit sei. In der letzten Sitzung wurde der Antrag vertagt, weil der Amtsvorsteher verreist war. Seit 1. August ist nun der Herr wieder im Amt und ausgerechnet 3 Tage vor dem Verfassungstag soll nun darüber beraten werden. So wird es gemacht. Erst schiebt man es auf die lange Bank und dann jagt man, es ist zu spät. Die kommenden Wahlen werden ja zeigen, wie weit die Einwohner mit der Handlungsweise einverstanden sind. Zum zweiten Punkt lag ein Schreiben des Direktors Weidemann vor, nach dem die Sozialistische Arbeiterjugend ihre Zusammenkünfte in der Jugendherberge, nicht in der Schule abhalten solle, denn diese wird auch vom Jungstahlhelm, Bismarckbund usw. benutzt. Wenn man unserer Jugend die Räume mit dem Wemerkern verweigert, hier wird keine Politik getrieben, so muß man fragen, was treibt man in den Vaterländischen Verbänden?

Stadtkreis Stendal

Die Sozialistische Frauengruppe hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab. Es zeigte sich deutlich, daß die Frauen in Versammlungsbesuch und Mitarbeit in der Partei, zurzeit reger sind als die männlichen Mitglieder. Es war wieder ein Teil Neuaufnahmen für die Partei zu verzeichnen. In Vertretung der erkrankten Vorsitzenden, Genossin Krätzigam, leitete Genossin Meta Muhl die Versammlung. Ueber die Bedeutung der deutschen Reichsverfassung hielt Genossen Otte einen volkstümlichen Vortrag. Er forderte verstärktes Interesse der Frauen am politischen Leben und zielbewußte Parteiarbeit. Dann wurde besonders die Werbearbeit in der Partei und in der Frauengruppe besprochen. Im Hauje und im Bekanntenkreis sind noch viele Werttätigen für die Partei zu gewinnen. Genossin Muhl brachte zum Schluß noch geschäftliche Angelegenheiten der Frauengruppe zur Erledigung.

Der Arbeiter-Radsportklub Solidarität veranstaltet am 14. August von vormittags 9 Uhr ab in der „Peterburg“ sein Bezirksfest. Die Mitglieder der Partei sind eingeladen und werden gebeten, den Arbeiter-Radsportklub nach Möglichkeit zu unterstützen. Beachtet die Plakate.

Neuer Finanzamt-Leiter. An Stelle des nach Brandenburg veretzten Regierungsrats Dr. Schmalz tritt am 1. September Oberregierungsrat Voigt (Berlin).

Wochenmarkt am Mittwoch. Es kosteten: Kartoffeln 10 Pfund 65 Pf., Birnen Pfund 30 Pf., Kefel 30 Pf., Pfämen 40 Pf., Rindfleisch 1 Mk., Sauerkraut 40 bis 50 Pf., Stachelbeeren 30 Pf., Preiselbeeren 50 Pf., Heidelbeeren 55 Pf., Tomaten 90 Pf., Weißkohl 20 Pf., Wirsingkohl 25 Pf., Kohlrabi Stück 5 Pf., grüne Bohnen Pfund 20 Pf., Anisgewürzen Mandel 1,25 Mark, Zwiebeln Pfund 15 Pf., Mohrrüben 15 Pf., Pfefferlinge 20 Pf., Blumenkohl Kopf 5 bis 80 Pf., Sellerie Knolle 10 Pf., Eier Stück 12 Pf., Butter Pfund 1,30 Mk., Landkäse Rolle 80 Pf., junge Tauben Stück 90 Pf. bis 1 Mk., Gänstchen Stück 1,50 bis 2 Mk. Die Fleischpreise sind unverändert.

Bahrensdorf hat der Witz in das Wohnhaus des Arbeiters Mehl eingeschlagen, zündete aber nicht. Der Schornstein und drei Stubendöfen erlitten Schäden.

Von Niesterhorst wird berichtet, daß hier ein Gewitter mit Sturm und wolkenschüttem Regen auf der Feldflur erheblichen Schaden angerichtet hat. Viele starke Bäume wurden vom Sturm abgebrochen. Aufgestellte Kornstiege wurde umhergeschleudert und der Hager liegt platt an den Boden. Manches Stückchen Acker ist überschwemmt.

In Arensee ist infolge des Gewitters, das einen starken Regenguß mit sich brachte, Hochwasser. In der Nacht standen ganze Straßen unter Wasser. Die Keller füllten sich. Da zurzeit Graben ausgehoben sind zur Begung der Gostroße, konnte das Wasser ungehindert an die Fundamente der Häuser heran.

Offenburg

Die Badeanstalt ist nunmehr wieder dem öffentlichen Verkehr übergeben worden, nachdem sich das Wasser in der Biele geläutert hat.

Seehausen

Aus Eifersucht wäre bald ein schweres Verbrechen entstanden. Ein Ziegeleiarbeiter auf der Ziegelei Feldneudorf unterhielt mit einem dort wohnenden Mädchen ein Liebesverhältnis. Aus irgendeinem Grunde löste die Freundin das Verhältnis. Der Bräutigam drang darauf in Eifersuchtsstimmung in die Küche der Eltern des Mädchens ein, packte das Mädchen am Hals und würgte es. In ihrer Todesangst schrie sie um Hilfe. Als Leute herbeieilten, ließ der Mann von dem Mädchen ab und flüchtete.

Fahrrad Diebstahl. Auf dem Schulzenplatz wurde dem Geprüfungslehrer Kirchoff das Rad entwendet. Es gelang jetzt, es wieder herbeizuschaffen.

Weselinggen

Umwetter. Schwere Gewitter zogen am Montag zuerst von Südosten, dann aus südwestlicher Richtung über unsere Gegend hinweg. Von 21 Uhr bis in die Morgenstunden des Dienstags war der Himmel durch die gewaltigen elektrischen Entladungen

